

Frauen in die Politik!

Umfrage zur Situation in der Kommunalpolitik in fünf Städten der Regionen Ostwestfalen-Lippe und Südwestfalen

Ergebnisbericht,
Berlin, den 10.01.2023

Autorinnen: Dr. Helga Lukoschat, Stefanie Lohaus, Lisa Hempe (EAF Berlin)



Gefördert vom:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Inhalt

1. Einführung	5
2. Forschungsfragen und -design.....	6
3. Soziodemografische Merkmale der Befragten	9
3.1. Alterszusammensetzung	9
3.2. Lebens- und Familiensituation.....	10
3.3. Familiäre Herkunft – Migrationshintergrund.....	11
3.4. Erwerbstätigkeit.....	11
3.5. Bildungsabschluss.....	12
3.6. Kommunalpolitische Daten.....	12
4. Wege in die Kommunalpolitik	14
4.1. Motive und Zugänge.....	14
4.2. Entscheidungshilfen und -hürden	17
5. Positive und negative Erfahrungen	19
6. Kommunikations- und Umgangsformen	22
6.1. Kommunikations- und Umgangsformen im Rat und Ausschüssen.....	23
6.2. Unterschiede zwischen den Städten	25
6.3. Situation in den Parteien	26
6.4. Anfeindungen in den sozialen Medien und sexuelle Belästigung.....	29
7. Kommunalpolitische Praxis: Chancengleichheit, Erwartungen und Themen.....	31
7.1. Chancen und Erwartungen.....	31
7.2. Besetzung von Ausschüssen/Funktionen und Gewichtung von Themen	33
7.3. Unterschiede zwischen den Städten	34
7.4. Gleichstellungsthemen	35
8. Gründe für Ausstieg und Wiedereinstieg.....	36
8.1. Aktive: Wahlperioden, Wiederwahl und weitergehende Ämter und Mandate	36
8.2. Ausgeschiedene: Wahlperioden und Wiederwahl.....	39
9. Empfehlungen und Maßnahmen	41
9.1. Gewinnung von Frauen	41
9.2. Vereinbarkeit mit der Familie.....	42
9.3. Attraktivität und Rahmenbedingungen.....	43
9.4. Spezifische Maßnahmen für die Parteien	44
9.5. Vorschläge und Kommentare aus den offenen Antworten.....	45

10.	Fazit und Empfehlungen der EAF Berlin	47
10.1.	Mehr Frauen gewinnen und Vielfalt fördern	47
10.2.	Chancen nutzen für Veränderungen	47
10.3.	Kommunalpolitik muss man sich leisten können – zeitlich und finanziell.....	48
10.4.	Kommunikations- und Umgangsformen: der Handlungsbedarf ist groß	49
10.5.	Rolle der Parteien: Öffnung in die Stadtgesellschaft und Willkommenskultur	50
10.6.	Gleichstellung – eine Aufgabe für alle	51
11.	Informationen zur EAF Berlin und den Autorinnen	52

1. Einführung

Die Kommunalpolitik bildet die Basis der Demokratie in Deutschland. Die Entscheidungen, die dort getroffen werden, betreffen das Leben der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar. In den kommunalen Vertretungen sind in besonderer Weise unterschiedliche Erfahrungen und Sichtweisen notwendig, um für die gesamte Bevölkerung einer Stadt bzw. Gemeinde oder Landkreises gute politische Entscheidungen zu treffen.

Das ehrenamtliche Engagement in der Kommunalpolitik trägt zum einen maßgeblich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und einer gelebten Demokratie bei. Zum anderen steht es vor erheblichen Herausforderungen. Kommunalpolitik in den Stadt- und Gemeinderäten und im Kreistag wird ehrenamtlich erbracht. Es erfordert vergleichsweise hohen zeitlichen Aufwand sowie hohe Verbindlichkeit. Auch ist in der Regel die Bindung an eine Partei erforderlich, auch wenn dies im kommunalen Bereich weiterhin weniger stark ausgeprägt ist als in der Bundes- oder Landespolitik.

Diese Faktoren führen dazu, dass bestimmte Teile bzw. Gruppen der Bevölkerung in der Kommunalpolitik unterrepräsentiert sind. Dies betrifft u.a. Menschen mit einer Migrationsbiografie, die jüngeren Generationen sowie Menschen ohne akademische Ausbildung bzw. Berufe.¹

Am deutlichsten sind, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, Frauen unterrepräsentiert. Im Durchschnitt liegt ihr Anteil in den kommunalen Vertretungen bei aktuell 27,7 Prozent; in den kommunalen Führungspositionen liegt der Anteil der Bürgermeisterinnen und Landrätinnen sogar unter 10 Prozent. Dabei sind erhebliche regionale Unterschiede vorzufinden; in der Regel sind in den Großstädten die Anteile höher als in ländlich geprägten Gebieten. Hier ist der Handlungsbedarf besonders groß.

Auch unter der Perspektive von Nachwuchsgewinnung und Zukunftsfähigkeit werden die Potentiale und Kompetenzen von Frauen zu wenig ausgeschöpft. Die anhaltende Unterrepräsentanz von Frauen stellt somit auch ein demokratisches Defizit dar.

Schließlich ist davon auszugehen, dass Verbesserungen der Zugangsbedingungen für Frauen und entsprechende Veränderungen der kommunalpolitischen Praxis und parteipolitischen Kultur sowie der institutionellen Rahmenbedingungen allen Beteiligten zu gute kommen und die Attraktivität des kommunalpolitischen Engagements insgesamt erhöhen würden.

Vor diesem Hintergrund haben sich die fünf Mittelstädte Arnsberg, Detmold, Gütersloh, Lippstadt und Minden in den Regionen von Ostwestfalen-Lippe und Südwestfalen

¹ Eine repräsentative Analyse aus Nordrhein-Westfalen zeigt: 2017 waren lediglich 10,9 Prozent der Mandatsträger*innen in den Städten und 8,9 Prozent der Mandatsträger*innen in den Kreisen zwischen 36 und 45 Jahre alt. Fügt man die Alterskohorte 26 bis 35 Jahre hinzu, kommt man insgesamt auf 17,7 Prozent für die Städte und 14 Prozent für die Kreise. (Bogumil et al. 2017, S. 33.) Der Frauenanteil unter den Mandatsträger*innen in der Alterskohorte 36 bis 45 Jahre lag 2017 in Nordrhein-Westfalen in den Städten bei 22,3 Prozent und in den Kreisen bei 28,6 Prozent (Ebd., S. 35.).

zusammengeschlossen, um gezielt Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in ihren kommunalen Vertretungen umzusetzen.

Die Wissensgrundlage dafür wurde mit einer Situations- und Bedarfsanalyse in Form einer Befragung unter kommunalpolitisch relevanten Akteur*innen geschaffen. Mit der Konzeption, Durchführung und Auswertung wurde die EAF Berlin beauftragt. Die EAF Berlin ist eine unabhängige und gemeinnützige Forschungs-, Beratungs- und Bildungseinrichtung, die über langjährige Erfahrung zu parteiübergreifender Förderung der politischen Partizipation von Frauen in der (Kommunal)Politik verfügt. Die EAF hat zahlreiche praktische Projekte und Programme konzipiert und durchgeführt sowie empirische Untersuchungen, darunter zuletzt die 2021 veröffentlichte Studie „Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen“. U.a. die Ergebnisse dieser aktuellen Studie wurden zur Entwicklung der Forschungsfragen und des Forschungsdesigns der vorliegenden Untersuchung herangezogen.

2. Forschungsfragen und -design

Grundlegendes Ziel der Befragung ist es, empirisch belastbare Erkenntnisse zur kommunalpolitischen Praxis der beteiligten Städte als Grundlage für weiterführende, auf die Situation vor Ort zugeschnittene Maßnahmen zu gewinnen. Zugleich soll die Befragung vor dem Hintergrund der kommenden Kommunalwahl 2025 der Sensibilisierung der Beteiligten sowie der interessierten Öffentlichkeit für die Fragestellungen dienen,

- wie vor Ort mehr Frauen für eine kommunalpolitische Tätigkeit gewonnen und in der Kommunalpolitik gehalten werden können und
- wie die Rahmenbedingungen des kommunalpolitischen Engagements künftig zeitgemäß, vereinbarkeitsfreundlich und beteiligungsöffener gestaltet werden können.

Dazu wurde folgendes Untersuchungsdesign gewählt:

Durchführung einer online-Umfrage anhand eines strukturierten Fragebogens mit geschlossenen und offenen Antworten unter den aktiven und ausgeschiedenen Kommunalpolitiker*innen aus der diesjährigen und der letzten Wahlperiode der genannten Städte. Hierfür wurden in einer Vollerhebung Ratsmitglieder sowie sachkundige Bürger*innen (Beiräte und Ausschüsse) durch die Verwaltung bzw. die Gleichstellungsbeauftragten der jeweiligen Städte angeschrieben und gebeten sich an der Befragung zu beteiligen.

Die Laufzeit der Befragung betrug 3,5 Wochen (21. September bis 16. Oktober 2022).

Die angestrebte Rücklaufquote von mindestens 30 Prozent wurde mit insgesamt 32,9 Prozent erreicht. Die Daten erlauben fundierte Aussagen zu Erfahrungen und Einschätzungen der befragten Frauen und Männer sowie die Ableitung von Handlungsempfehlungen.

Analysiert man die Rücklaufquoten nach Stadt ergibt sich folgendes Bild: Detmold (41%), Minden (34%), Lippstadt (33%), Arnsberg (30%), Gütersloh (26%)

Untersuchungsdesign

Methode:

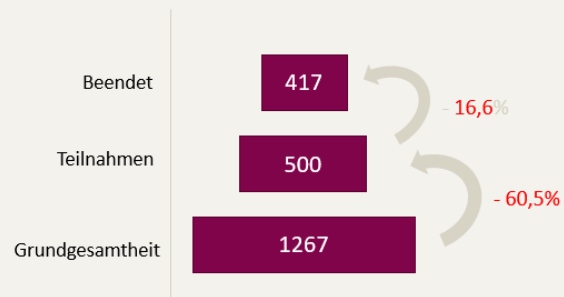
Onlineumfrage anhand eines strukturierten Fragebogens mit geschlossenen und offenen Fragen

Teilnehmende

Aktive und ausgeschiedenen Kommunalpolitiker*innen aus der diesjährigen und letzten Wahlperiode (Ratsmitglieder, sachkundige Bürger*innen; Bürgermeister*innen)

Laufzeit

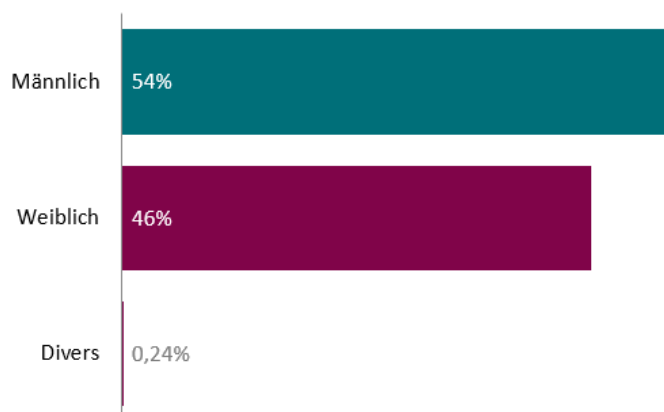
21. September – 16. Oktober 2022
(3,5 Wochen)



Es wurden 1.267 Personen angeschrieben. Davon sind 417 vollständig ausgefüllte Fragebögen bei der EAF Berlin eingegangen, darunter 54 Prozent Männer und 46 Prozent Frauen.

Bei Befragungen auf freiwilliger Basis können Gruppen unterschiedlich starkes Interesse haben teilzunehmen (sogenannter selection bias). So haben beispielsweise proportional mehr Frauen als Männer teilgenommen, da der Frauenanteil an der Grundgesamtheit 32 Prozent und in der Befragung 46 Prozent beträgt. Eine Person gab die Einschätzung „divers“ ab. Die Ergebnisse werden nach Männern und Frauen isoliert voneinander betrachtet. Bei dieser geschlechtsspezifischen Betrachtung werden die Ergebnisse der diversen Person exkludiert, damit keine Rückschlüsse auf die Person möglich sind.

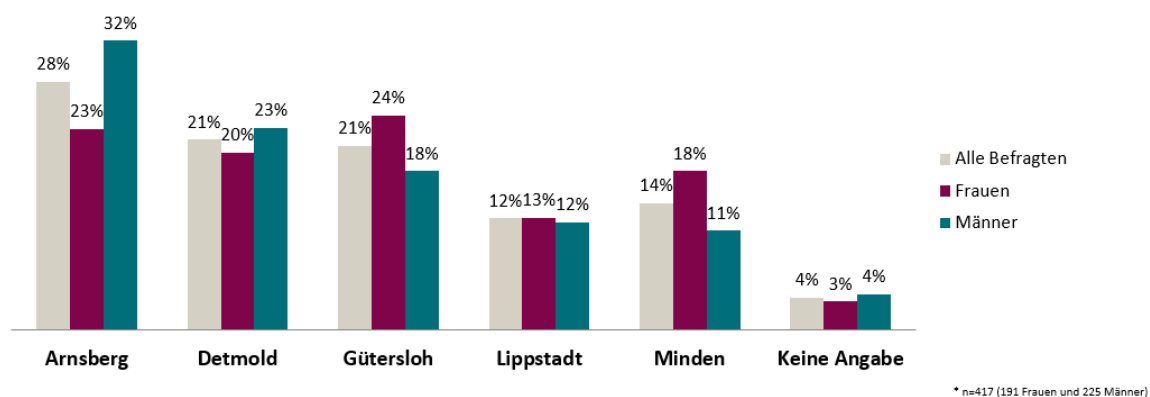
Teilnehmende in der Befragung nach Geschlecht



* n=417, keine Angabe (0%)

Der Anteil der Teilnehmenden in der Befragung nach Stadt stellt sich wie folgt dar:

Teilnehmende der Befragung nach Stadt



Wo sich in relevanten Themenfelder empirisch belastbare Unterschiede zwischen den Städten zeigen, wurden diese jeweils aufgenommen. Dies war bei den Kommunikations- und Umgangsformen als auch bei der kommunalpolitischen Praxis der Fall. Die Städte wurden dabei isoliert voneinander ausgewertet.

Um die so erzielten quantitativen Daten zu ergänzen bzw. zu vertiefen, wurden zusätzlich zwei **Fokusgruppen** durchgeführt. Fokusgruppen sind ein bewährtes Instrument der empirischen Sozialforschung zur Exploration bzw. Vertiefung von Forschungsfragestellungen. Aufgrund forschungspraktischer Erwägungen wurden die Fokusgruppen nach der Befragung online durchgeführt. Dazu wurden im Einklang des Forschungsinteresses, insbesondere Einblicke in die Motive und Erfahrungen von Frauen zu erhalten, ausschließlich Frauen eingeladen.

Eine Fokusgruppen fand mit ausgeschiedenen Ratsmitgliedern sowie eine weitere Fokusgruppe mit einer Gruppe von Frauen statt, die sich zivilgesellschaftlich in ihrer Stadt engagieren. Bei Ansprache und Auswahl der Teilnehmerinnen wurde angestrebt, eine möglichst vielfältige Gruppe hinsichtlich Alter, Herkunft, Art des Engagements etc. zu bilden.

Forschungsfragen und Forschungsdesign wurde in enger Abstimmung mit den fünf Gleichstellungsbeauftragten der beteiligten Städte entwickelt. Dazu fand im Sommer 2022 ein gemeinsamer Konzeptionsworkshop statt. Zusätzlich wurden ca. einstündige Interviews mit den fünf Bürgermeisterinnen der Städte geführt, um diese über das Vorhaben zu informieren und ihre Unterstützung einzuholen.

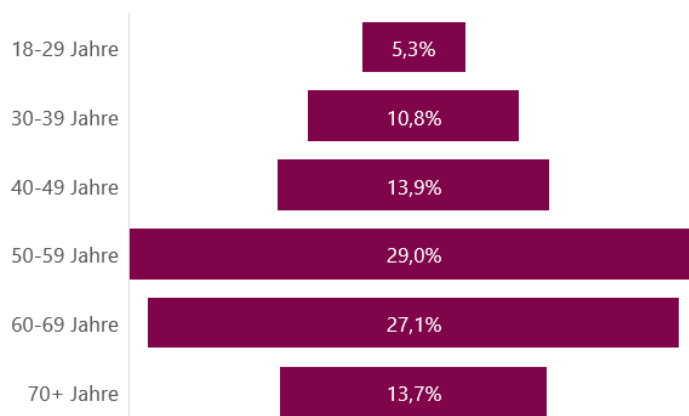
Alle Daten sind in aggregierter und anonymisierter Form zusammengefasst und erlauben keine Rückschlüsse auf einzelne Personen. Die Bestimmungen des Datenschutzes wurden eingehalten.

3. Soziodemografische Merkmale der Befragten

3.1. Alterszusammensetzung

Bezüglich des Alters lassen sich bei Frauen wie Männer keine Unterschiede feststellen. Der ganz überwiegende Teil der Befragten befindet sich in den Altersklassen 50 bis 59 Jahre sowie 60 bis 69 Jahre. Auch der Anteil der über 70-Jährigen ist beträchtlich. Die über 60-Jährigen stellen zusammen einen Anteil von 40,8 Prozent und sind damit überdurchschnittlich stark vertreten. Zum Vergleich: der Anteil der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in Deutschland lag 2021 bei 22 Prozent².

Beteiligung nach Alter



* n=417, keine Angabe (0,24%) exkludiert

Auch die Parteien entsenden vorwiegend Menschen in der zweiten Lebenshälfte in die Kommunalpolitik. In allen größeren Parteien (CDU, SPD, Grüne, FDP, Linke und AfD)³ sind über 60 Prozent der Befragten 50 Jahre oder älter.

Bei CDU, SPD, FDP und AfD sind 12 bis 19 Prozent 70 Jahre oder älter; bei Grünen und Linken ist mit 8 bzw. 9 Prozent ist der Anteil etwas geringer.

Die Gruppe der 18 bis 39-Jährigen liegt bei den genannten Parteien lediglich zwischen 13 und 18 Prozent. Nur die FDP kommt in dieser Altersgruppe auf 23 Prozent.

Die Alterszusammensetzung zeigt, wie hoch der Handlungsbedarf für die Parteien ist, rechtzeitig kommunalpolitischen Nachwuchs zu gewinnen. Denn rund ein Drittel der jetzt aktiven Politiker*innen gibt an, aus Altersgründen bei der nächsten Kommunalwahl nicht mehr antreten zu wollen. Diese Lücke kann nicht ausschließlich durch Nachrückende gefüllt werden, worauf im Bericht an entsprechender Stelle noch eingegangen wird.

² <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/liste-altersgruppen.html#249808>

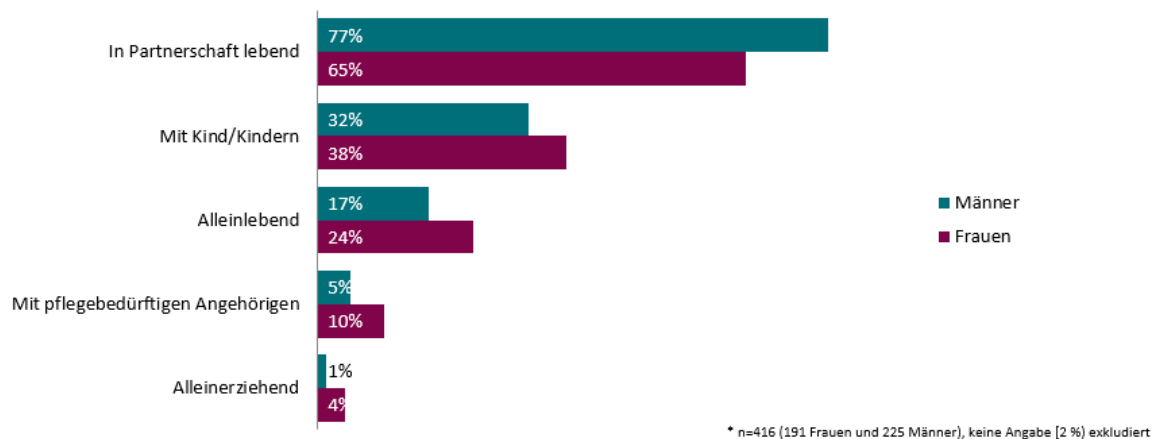
³ Die weiteren in der Kommunalpolitik der fünf Städte vertretenen, zahlreichen kleineren Gruppierungen wurden unter „Sonstige“ zusammengefasst.

3.2. Lebens- und Familiensituation

Wie sind die Lebens- und Familienverhältnisse der Kommunalpolitiker*innen in den Regionen? Der ganz überwiegende Teil lebt in einer Partnerschaft und ein starkes Drittel mit Kindern. Dies gilt für die Politiker und Politiker gleichermaßen.

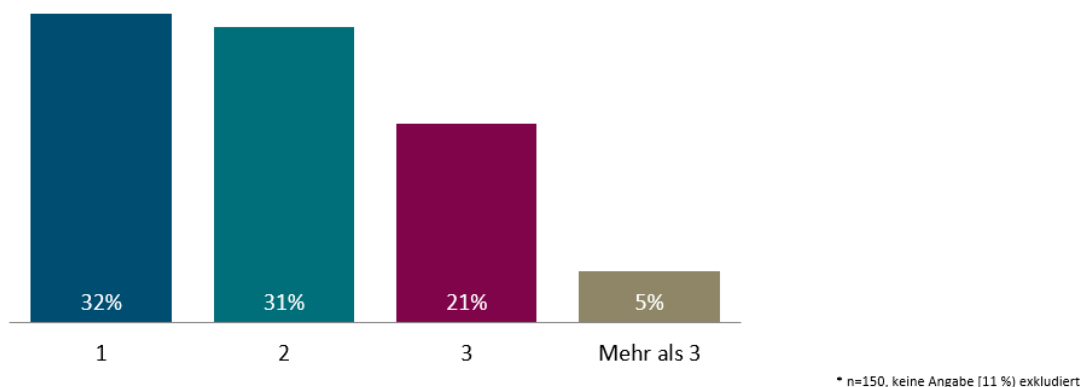
Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind durchaus vorhanden: etwas mehr Frauen als Männer (24 zu 17 Prozent) leben allein und betreuen pflegebedürftige Angehörige (10 zu 5 Prozent). Der Anteil der Alleinerziehenden ist insgesamt vergleichsweise niedrig, aber auch hier bei den Frauen mit 4 Prozent etwas höher als bei den Männern (1 Prozent).

Angaben zur familiären Situation (Mehrfachauswahl möglich)



Uns interessierte darüber hinaus die Situation in Bezug auf betreuungspflichtige Kinder (bis 16 Jahre). Rund ein Drittel der Befragten gibt an, dass es mit Kindern in einem Haushalt lebt. Von diesen leben 63 Prozent mit ein oder zwei Kindern im betreuungspflichtigen Alter zusammen, ein Fünftel mit drei Kindern, 5 Prozent mit mehr als drei. Dies betrifft Frauen und Männer gleichermaßen.

Betreuungspflichtige Kinder (unter 16 Jahre)



3.3. Familiäre Herkunft – Migrationshintergrund

11 Prozent der Befragten gaben an, dass eines ihrer Elternteile oder sie selbst mit einer anderen als der deutschen Staatsangehörigkeit geboren wurden.

Zum Vergleich: im bundesdeutschen Durchschnitt liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund deutlich höher und beträgt 27,2 Prozent.⁴ Auf kommunaler Ebene hatten 2013 lediglich drei Prozent der kommunalen Mandatsträger*innen eine Migrationsbiografie, ein Prozent davon Frauen.⁵

Damit würden die Regionen über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegen. Um einschätzen zu können, wie die Gruppe vor Ort tatsächlich repräsentiert bzw. unterrepräsentiert ist, wäre es sinnvoll, den Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund für die Städte/Regionen zu ermitteln. Aus der Fokusgruppe wurde zumindest deutlich, dass Frauen mit Migrationsbiografie sich durchaus vor besonderen Herausforderungen gestellt sehen.

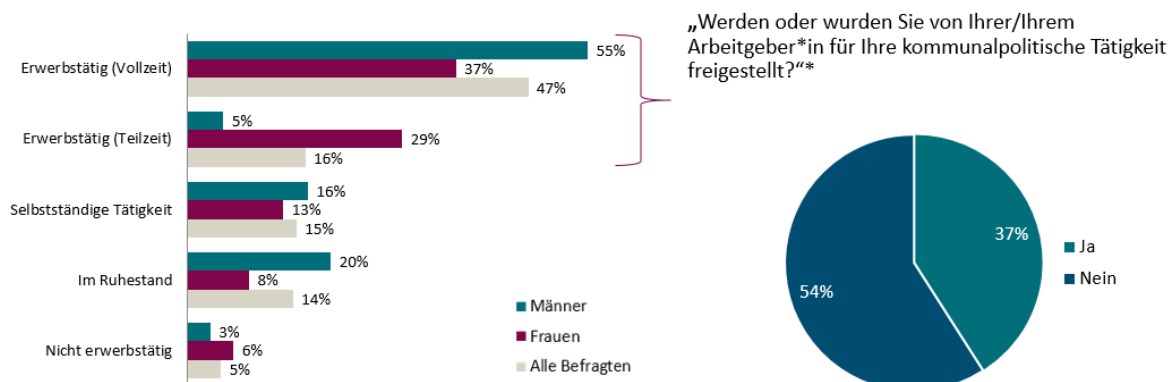
3.4. Erwerbstätigkeit

In Bezug auf die Erwerbstätigkeit zeigen sich sehr deutliche Unterschiede in der Situation der Politiker*innen. Während 55 Prozent der Männer in Vollzeit erwerbstätig sind, sind es bei den Frauen 37 Prozent. Noch deutlicher werden die Unterschiede in Bezug auf Teilzeit: hier ist das Verhältnis der Frauen zu den Männern 29 zu 5 Prozent. In selbständiger Tätigkeit arbeiten fast so viele Frauen wie Männer. In selbständiger Tätigkeit arbeiten fast so viele Frauen wie Männer.

Mehr Männer als Frauen sind im Ruhestand (20 Prozent zu 8 Prozent).

Aufschlussreich ist, dass die Mehrheit der Erwerbstätigen, 54 Prozent nicht von ihrem/ ihrer Arbeitgeber*in für die kommunalpolitische Tätigkeit freigestellt wird bzw. wurde. Dies wird bei den Befragten in Bezug Handlungsempfehlungen daher noch eine entsprechende Rolle spielen.

Angaben zur Erwerbstätigkeit neben der kommunalpolitischen Tätigkeit und Freistellung



* n=417 (191 Frauen und 225 Männer), keine Angabe (1 %) und Sonstiges (2%) exkludiert

*n=261, keine Angabe (9 %) exkludiert

⁴ Statistisches Bundesamt 2022.

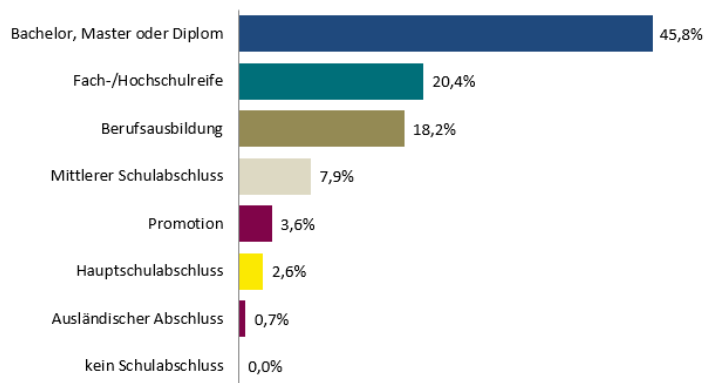
⁵ Holtkamp et al. 2013, S. 36 (Daten für Kommunen mit über 20.000 Einwohner*innen).

3.5. Bildungsabschluss

Bei den Kommunalpolitiker*innen der Regionen handelt es sich um eine überdurchschnittlich gut ausgebildete Personengruppe: fast die Hälfte verfügt über einen Hochschulabschluss, ein weiteres Fünftel hat die Fach/Hochschulreife erworben. Eine Berufsausbildung hat ein knappes Fünftel absolviert.

Dies entspricht dem allgemeinen Trend, der mittlerweile auch die Kommunalpolitik erreicht hat, dass immer mehr Akademiker*innen in den Parlamenten vertreten sind.

Angaben zum höchsten Bildungsabschluss

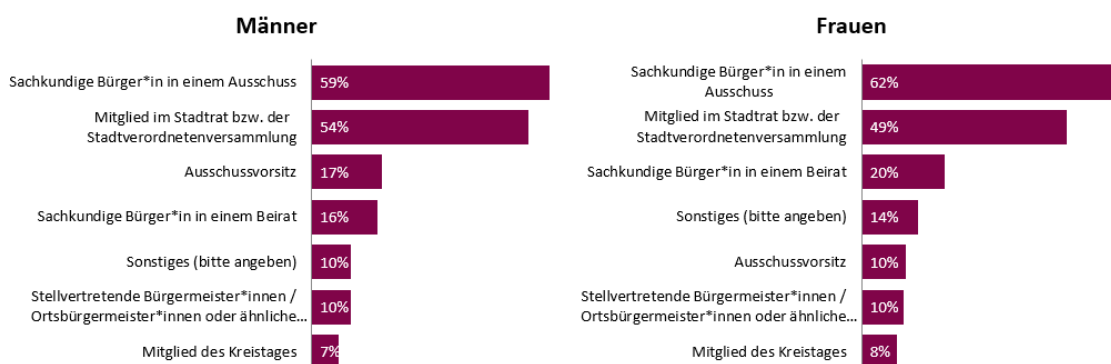


* n=417, keine Angabe [0,7 %] exkludiert

3.6. Kommunalpolitische Daten

Abschließend zum Überblick der soziodemografischen Merkmale folgen hier noch einige Angaben zu den kommunalpolitischen Funktionen und dem durchschnittlich für die kommunalpolitisch aufgebrauchten Zeitaufwand.

Angaben zur kommunalpolitischen Funktion

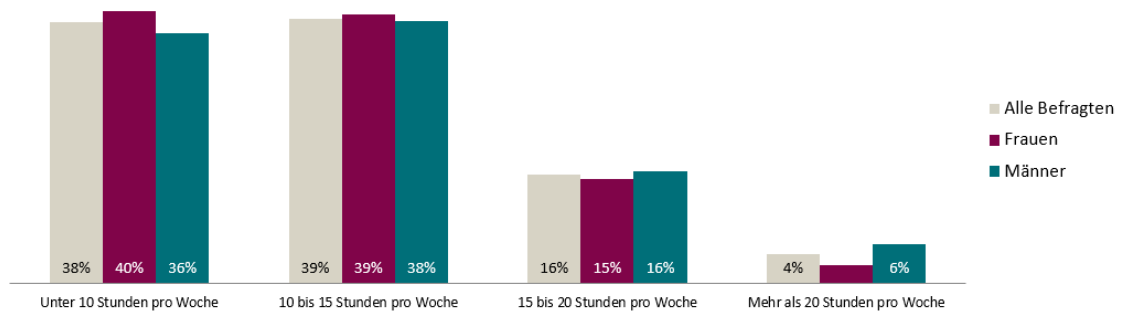


* n=416 (225 Männer und 191 Frauen); keine Angabe (4%) exkludiert

Unterschiede zwischen den Geschlechtern zeigen sich zum einen beim Ausschuss-Vorsitz. Diese Funktionen geben etwas mehr Männer als Frauen geben an (17 zu 10 Prozent). Mehr Frauen als Männer sind wiederum als sachkundige Bürgerin in einem Beirat oder Ausschuss tätig.

Beim zeitlichen Aufwand unterscheiden sich Politiker*innen kaum. Für beide Geschlechter ist der Aufwand vergleichsweise hoch. Knapp 40 Prozent geben 10 bis 15 Stunden pro Woche an, ca. ein Fünftel 15 bis 20 Stunden und mehr.

Zeitaufwand für die kommunalpolitische Tätigkeit pro Woche



* n=417 (191 Frauen und 225 Männer), keine Angabe (3%) exkludiert

4. Wege in die Kommunalpolitik

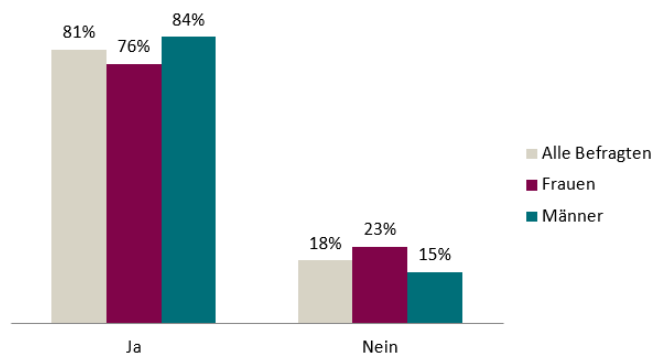
Ein zentrales Erkenntnisinteresse der Befragung besteht darin, die Hürden für das Engagement in der Kommunalpolitik, insbesondere für Frauen, zu erkennen und abzubauen. Daher waren die Motive und Zugänge, welche die aktiven und ausgeschiedenen Politiker*innen erlebt hatten besonders wichtig. Auf diesen Fragenkomplex gab es zudem besonders viele offene Antworten der Befragten, was ein Indiz für dessen Bedeutung ist. Dieses Thema nahm auch bei der Fokusgruppe mit zivilgesellschaftlich aktiven Frauen, die sich aber (bisher) nicht in der Kommunalpolitik engagieren wollen, in der Diskussion einen breiten Raum ein.

4.1. Motive und Zugänge

Bei beiden Geschlechtern steht an vorderster Stelle das politische Interesse: Hier gibt die große Mehrheit der Befragten an, (93 Prozent der Männer und 88 Prozent der Frauen) sich schon immer politisch engagiert oder interessiert zu haben.

Dem entspricht, dass 84 Prozent der Männer und 76 Prozent der Frauen angeben, sich schon vor der kommunalpolitischen Tätigkeit ehrenamtlich engagiert zu haben.

Haben oder hatten Sie sich schon vor der kommunalpolitischen Tätigkeit ehrenamtlich engagiert?



* n=417 (191 Frauen und 225 Männer), keine Angabe (1 %) exkludiert

Das Engagement zeigt dabei eine große Bandbreite auf. In den Städten sind ein breites Angebot und eine aktive Zivilgesellschaft in Verbänden, Vereinen, Initiativen vorhanden, die sich mit diversen politischen und gesellschaftlichen Zielsetzungen befasst. Allerdings zeigen sich zwischen den Geschlechtern erhebliche Unterschiede, in welchem Bereich sie aktiv sind. Hier zeigt sich eine eher „traditionelle“ Aufteilung. Während der Sport und die Feuerwehr deutlich mehr von Männern angegeben werden als von Frauen, sind diese wiederum stärker im Schul- und Bildungsbereich engagiert. Unter Sonstiges wurden unter anderem der Schützenverein, Heimatverein, Fördervereine, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen genannt.

Bereiche des zivilgesellschaftlichen Engagements

Optionen	Frauen	Männer	Alle Befragten
Sportverein	24%	46%	37%
Schul- und Bildungssektor (z.B. Elternbeirat, Schulsprecher*innen)	42%	22%	31%
Jugendarbeit	23%	28%	26%
In religiösen Einrichtungen	24%	22%	23%
Sonstiges (Bitte angeben)	23%	21%	22%
Kultur (z.B. Theater AG, Lesekreise)	16%	18%	18%
Freiwillige Feuerwehr	5%	15%	10%
Feminismus/Frauenbewegung	19%	1%	9%
Umwelt- und Klimaschutz (z.B. Fridays for Future)	9%	8%	9%
Hilfs- und Beratungsangebote für Menschen mit Behinderungen	8%	5%	6%
In einem Service-Club (z. B. Lions Club)	3%	6%	4%
Verkehr, Mobilität (z.B. Fahrradclub)	2%	5%	4%
Migrantische Selbstorganisation	5%	3%	4%
LGBTIQ*-Bewegung	1%	2%	1%

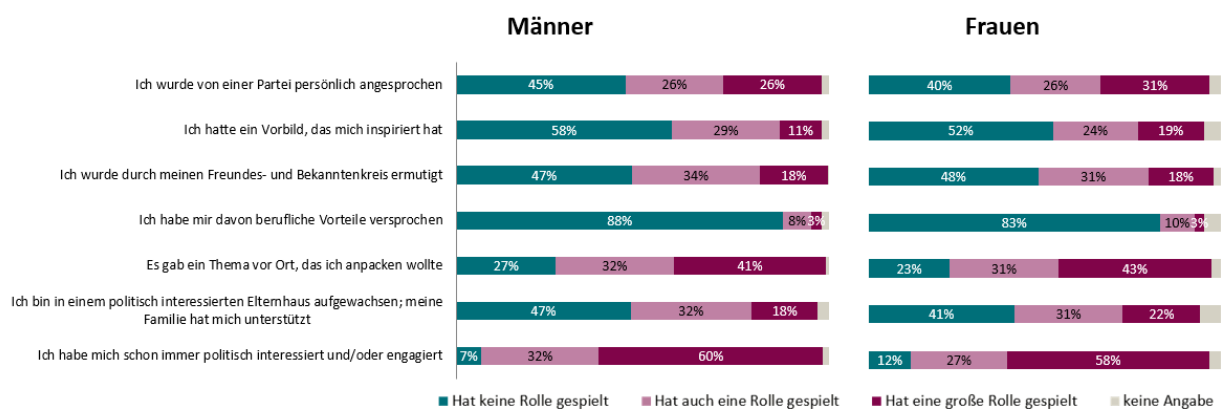
* n=337 (146 und 190 Männer), keine Angabe [1 %] exkludiert

Wie bereits angeführt steht das politische Interesse bei den Motivlagen im Vordergrund, gefolgt von dem Wunsch, ein konkretes Thema anzupacken. Auch die Ermutigung und Unterstützung durch die Familie und den Freundes- und Bekanntenkreis spielt eine Rolle.

Für Frauen spielt die persönliche Ansprache und das Vorhandensein eines Vorbilds eine deutliche größere Rolle als bei den Männern gespielt.

Das kommunalpolitische Engagement mit beruflichen Vorteilen zu verbinden, hat dagegen nur für eine Minderheit von rund 10 Prozent bei der Entscheidung eine Rolle gespielt.

Motive und Zugänge in die Kommunalpolitik



* n=416 (191 Frauen und 225 Männer), keine Angabe [3-6%]

In den offenen Antworten (90) spiegeln zeigen sich die Motive in großer Bandbreite:

Bei nahezu allen Antworten schwingt mit, dass die Personen sich einbringen und Verantwortung übernehmen wollen „Ein Verantwortungsgefühl, aktiv für Werte eintreten zu müssen“, lautet eine exemplarische Äußerung. Dabei stehen die eigene Stadt und das Lebensumfeld vielfach im Vordergrund:

„Ich möchte gern mitreden und an der Entwicklung meines Wohnortes mitwirken und daher in den Rat. Das war meine Intension“.

Zudem werden konkrete Themen und Missstände benannt, an deren Lösung bzw. Behebung man mitwirken wollte. „Machen, nicht meckern“ steht hierfür als eine typische Bemerkung oder eine Aussage wie:

„Viele im Bekanntenkreis kritisieren alle politischen Entscheidungen. Ich möchte lieber mitwirken, anstatt zu meckern“.

Einige geben auch an, dass sie sich sehr bewusst auch als Frau engagiert hätten, um die Situation für Frauen generell zu verbessern:

„Politik, deren Auswirkungen vor Ort ja meist die Frauen treffen - daran wollte ich mitarbeiten.“

Bisweilen wird auch als Motiv angegeben, der Stadt etwas zurückgeben geben zu wollen:

„Ich will der (...) Stadtgesellschaft etwas zurückgeben, da sie mich mit meinem Geschäft hat erfolgreich sein lassen“.

Teilweise sind es allgemeine, (bundes-)politische Anliegen, die zum Engagement geführt haben: hier wird zum einen mehrfach der Kampf gegen Rassismus und rechte Tendenzen in der Gesellschaft genannt sowie zum anderen der Klimawandel als große gesellschaftliche Aufgaben. Vereinzelt wird „herrschende Politik“ sehr harsch als „katastrophal“ oder „verlogen“ kritisiert, dagegen wollte man angehen.

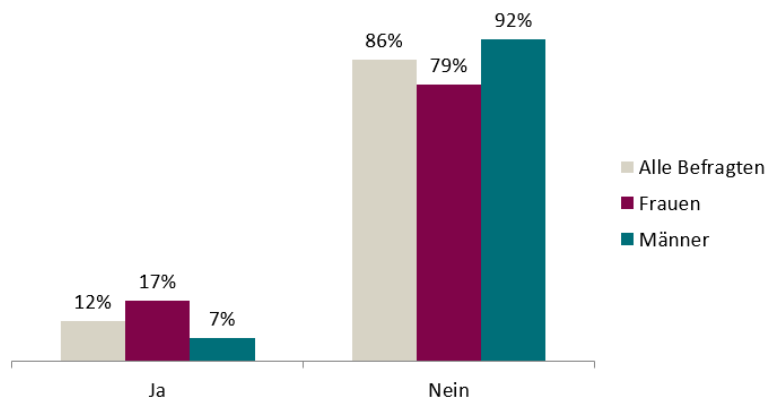
Berufliche Motive finden sich gleichfalls vereinzelt, in dem Sinne, dass der eigene Berufsstand bisher zu wenig in der Kommunalpolitik vertreten war.

Schließlich spielen häufig die persönlichen Motivlagen eine Rolle: „Neugier“ wird genannt, die Lust etwas Neues anzupacken oder nach einer neuen sinnvollen Aufgabe Ausschau gehalten zu haben.

4.2. Entscheidungshilfen und -hürden

Vor dem Hintergrund der genannten Motive und Beweggründe ist es nicht erstaunlich, dass der großen Mehrheit der Befragten die Entscheidung für die Kommunalpolitik nicht schwergefallen ist. Dennoch gehen hier die Erfahrungen von Frauen und Männern auseinander: 92 Prozent der Männer fiel es nicht schwer, gegenüber 79 Prozent der Frauen.

Ist Ihnen die Entscheidung schwergefallen, in die Kommunalpolitik zu gehen?

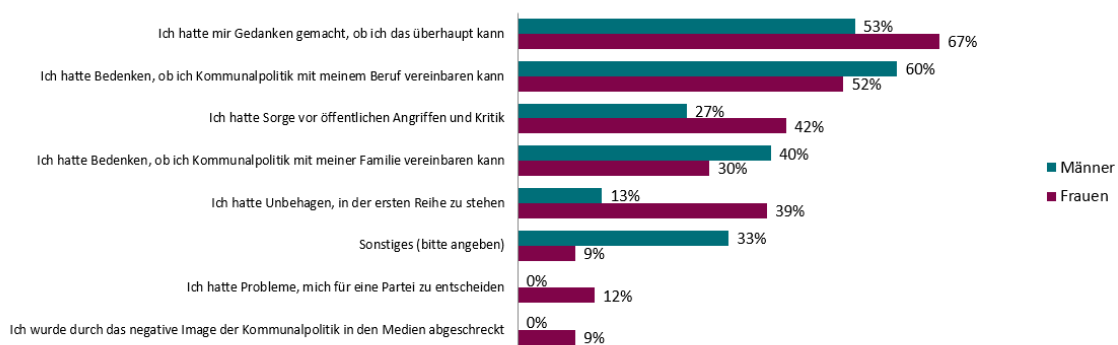


*n=417 (191 Frauen und 225 Männer), keine Angabe [1-4 %] exkludiert

Schlüsselt man die Gruppe derjenigen näher auf, denen die Entscheidung schwerfiel, so zeigen sich weitere Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Zu berücksichtigen ist, dass die Anzahl der Antworten hier vergleichsweise gering ist, so dass eher von Tendenzen gesprochen werden kann. Unter denjenigen, welchen die Entscheidung schwergefallen ist, geben mehr Frauen an, dass sie sich Gedanken gemacht hätten, ob sie die Aufgabe ausüben könnten. Darauf folgt dann die Angst davor in der ersten Reihe zu stehen, welche für die Männer jedoch kaum eine Rolle spielt. Auch ist die Angst vor Angriffen in der Öffentlichkeit ist bei den Frauen deutlich stärker ausgeprägt.

Mehr Männer als Frauen bejahen wiederum, dass sie Sorge hatten, die Kommunalpolitik mit dem Beruf vereinbaren zu können. Aber auch bei der Vereinbarkeit mit der Familie, stimmen mehr Männer als Frauen zu. Hier spielt mit Sicherheit hinein, dass deutlich mehr kommunalpolitisch aktive Männer in Vollzeit tätig sind. Es zeigt aber auch, dass die Vereinbarkeitsproblematik keine „Frauenangelegenheit“ ist, sondern von allgemeiner Bedeutung.

Gründe für die schwierige Entscheidung

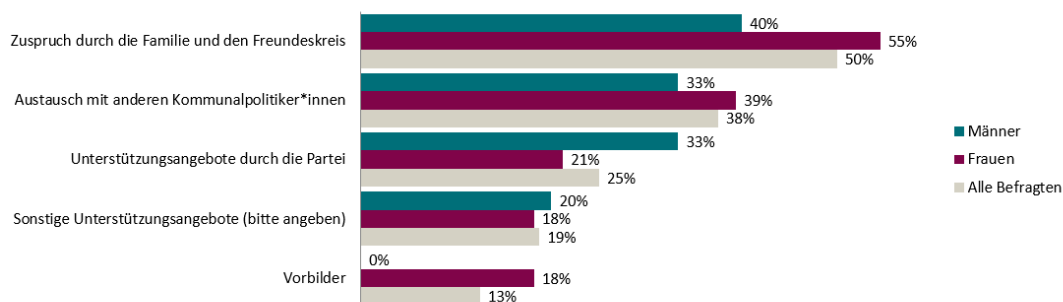


* n=48 (33 Frauen und 15 Männer)

Was wiederum hat dieser Gruppe der Befragten letztlich geholfen die Entscheidung für die Kommunalpolitik zu treffen?

Auch hier zeigen sich Unterschiede zwischen Frauen und Männern; Frauen bejahen deutlicher die Unterstützung durch Familie und Freunde, den Austausch mit andern Kommunalpolitiker*innen sowie Vorbilder, die für die befragten Männer überhaupt keine Rolle spielten. Bei den Männern wiederum sind es stärker die Unterstützungsangebote durch die Partei, welche eine positive Rolle für die Entscheidung gespielt haben.

Unterstützungsaspekte bei der Entscheidung



* n=48 (33 Frauen und 15 Männer), keine Angabe (8%) exkludiert

Ergänzung durch die Fokusgruppe und Einschätzung

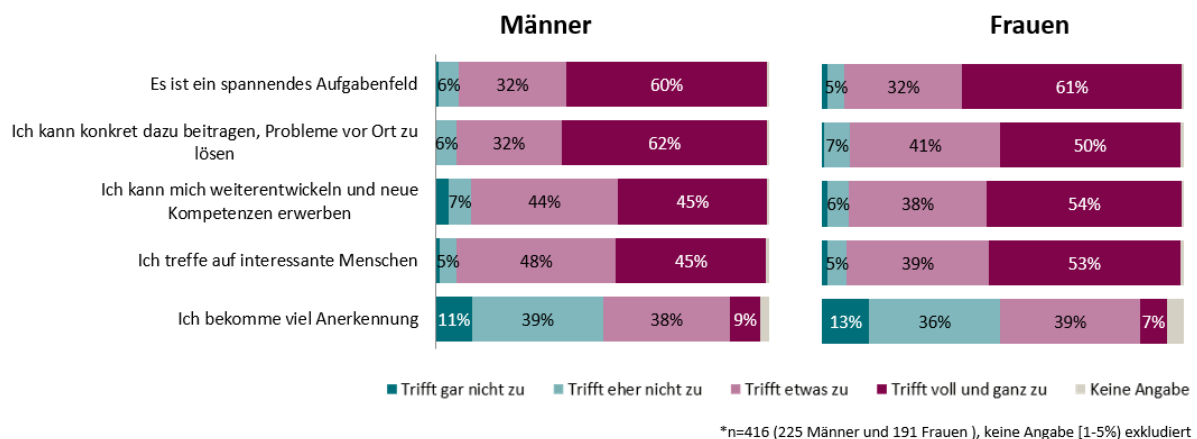
Aus der Fokusgruppe der zivilgesellschaftlich engagierten Frauen wird fehlendes Selbstvertrauen oder Zweifel an der eigenen Qualifikation nicht thematisiert, auch der Zeitaufwand spielt eher eine untergeordnete Rolle. Mehrheitlich wird dagegen ein weiterer Grund genannt, warum bisher keine Entscheidung für die Kommunalpolitik gefallen ist und voraussichtlich auch in Zukunft nicht fallen wird: die Skepsis gegenüber Parteipolitik. Die Gesprächspartnerinnen schätzen ihre Unabhängigkeit sowie die Möglichkeit *parteiübergreifend* für ihre Themen und Anliegen in der Kommune und darüber hinaus wirksam zu werden. Sie fühlen sich keiner Partei so stark zugehörig, dass sie dort eintreten wollten und „alle Positionen mittragen“ müssten, wie eine der Frauen berichtet. Die Wählervereinigungen und Freien Listen vor Ort sind in ihrer Sicht nicht attraktiver als die Parteien; und als parteilose Kandidatin hätte man kaum Chancen. Nur eine der Gesprächspartnerinnen, die vor Jahren nach Deutschland geflüchtet ist, würde gern mehr über die Parteien erfahren um sich dann dort zu engagieren. Vor dem Hintergrund ihrer Erfahrung mit einem diktatorischen Regime sieht sie es persönlich als demokratische Errungenschaft und große Chance an, überhaupt zwischen Parteien auswählen und sich für eine Partei frei entscheiden zu können.

5. Positive und negative Erfahrungen

Auf die Frage, was den Politiker*innen an ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit besonders gut gefällt, nennt die große Mehrheit der Befragten, dass es sich um ein spannendes Aufgabefeld handelt, in dem man interessante Menschen kennen lernen kann und dazu beiträgt Probleme zu lösen. Etwas mehr Frauen als Männer geben zudem an, dass sie sich weiterentwickeln und neue Kompetenzen erwerben konnten.

Deutlich zwiespältig fällt dagegen die Antwort auf die Frage nach der Anerkennung aus. Lediglich 47 Prozent der Männer und 46 Prozent der Frauen bejahen, dass sie für ihre Tätigkeit viel Anerkennung erfahren. Die Thematik der mangelnden Anerkennung wird bei den negativ bewerteten Erfahrungen dann wiederum eine bedeutende Rolle spielen.

Positive Aspekte



Sehr häufig wird in den offenen Antworten auch benannt, die Stadt besser kennen zu lernen und Neues zu erfahren:

„Ich lerne meine Stadt und das politische Umfeld aus einer ganz anderen Perspektive kennen“

Ein anderes Zitat verdeutlicht, dass politische Arbeit in der Kommune durchaus Spaß machen und befriedigen kann:

„Die Arbeit mit politisch Gleichgesinnten aller Altersstufen ist motivierend, spannend, herausfordernd und bereichernd“.

Korrespondierend zu den Antworten bezüglich der Motive und Beweggründe wird als positive Erfahrung auch mehrfach genannt, etwas bewegen zu können. *„Man wird nicht dümmer und kann etwas für viele bewegen“*, so ein Kommentar.

Die vielen, facettenreichen Antworten zu den positiven Erfahrungen sollten auch deshalb im Blick behalten werden, weil diese Art der persönlichen „Testimonials“ sehr gut geeignet sind, bestehende Vorbehalte abzubauen.

Negative Erfahrungen

Doch bei allen positiven Seiten der Kommunalpolitik wird zugleich sehr deutlich Kritik geäußert.

Die Kritikpunkte beziehen sich bei Frauen wie bei Männern auf den hohen zeitlichen Aufwand, den Vorrang von Parteipolitik vor Sachpolitik, die mangelnde Anerkennung, auf zu wenig Entscheidungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene sowie Kritik an der Verwaltung und ihren Vorlagen. Dennoch gibt es, auch angesichts überwiegend geteilter Einschätzungen, unterschiedliche Gewichtungen zwischen den Politikerinnen und Politikern.

In Bezug auf den zu hohen zeitlichen Aufwand formulieren die Frauen ihre Kritik etwas deutlicher als bei den Männern (80 Prozent zu 71 Prozent). Einen deutlichen Unterschied in den Einschätzungen gibt es vor allem bei der Frage nach den Sitzungszeiten. Hier stimmen 81 Prozent der Frauen gegenüber 68 Prozent der Männer, dass die Sitzungen zu lang und zeitlich ungünstig sind.

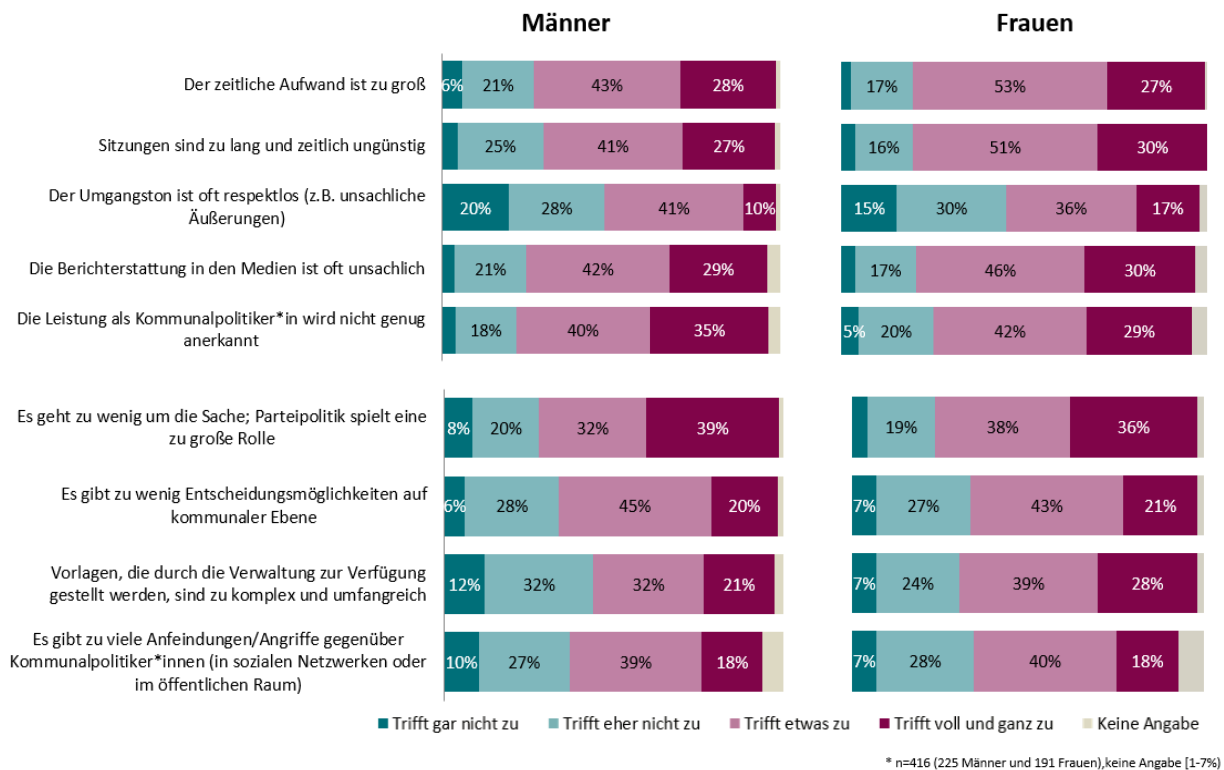
Die Männer wiederum kritisieren stark, dass die Leistungen in der Kommunalpolitik nicht genug anerkannt werden. Dieser Punkt erreicht bei ihnen die höchsten Zustimmungswerte (75 Prozent). Dem entspricht, dass rund 70 Prozent der Befragten, Frauen und Männer gleichermaßen, die Berichterstattung in den Medien oft für unsachlich halten. Jeweils rund 30 Prozent stimmen dieser Aussage voll und ganz zu.

Ein weiterer Fragenkomplex zu möglichen negativen Erfahrungen bezieht sich auf den Umgangston in der Kommunalpolitik sowie Anfeindungen oder Angriffe in den sozialen Medien. Diese sind in der jüngsten Zeit auch bundesweit Beachtung gefunden.

Rund 60 Prozent der Befragten, Frauen wie Männer, gehen davon aus, dass es zu viele Angriffe oder Anfeindungen gäbe. Allerdings haben hierzu vergleichsweise viele Personen keine Angaben gemacht, möglicherweise, weil sie selbst keine Erfahrung mit den sozialen Medien haben bzw. dort nicht aktiv sind.

Auch stimmen die Hälfte der Frauen und Männer zu, dass der Umgangston oft respektlos sei, zum Beispiel in Form unsachlicher Äußerungen. Dabei stimmten 17 Prozent der Frauen und 10 Prozent der Männer Aussage voll und ganz zu. Auf tiefergehende Fragen zu Kommunikations- und Umgangsformen, die von den Geschlechtern zum Teil sehr unterschiedlich bewertet werden, werden wir im nächsten Kapitel noch detaillierter zu sprechen kommen.

Negative Aspekte



Doch auch auf die Frage, was an der kommunalpolitischen Tätigkeit weniger gefällt, gibt es zahlreiche Antworten. Das Bedürfnis, seinem Herzen hier einmal Luft zu verschaffen, scheint groß zu sein. Einige der Antworten erläutern den zeitlichen Aufwand und welche Belastungen damit verbunden sein können:

„Ich habe den Aufwand für die Ratsarbeit völlig falsch eingeschätzt. Für mich waren das damals ca. 20 Wochenstunden, zusätzlich zu meinem 40 Stunden Vollzeitjob. Das hat mich manchmal an den Rand meiner Leistungsfähigkeit gebracht“

Auch das Thema der Anerkennung treibt die Befragten in unterschiedlicher Form um. Interessant ist auch eine Äußerung zur Tätigkeit der Ortsbürgermeister*innen:

„Mangelnde Wertschätzung von Partei und Bevölkerung, z.B. der OrtsbürgermeisterInnen. Unterstützung und versprochene Aufwertung, z.B. in den Rat, fehlen“

Ein gutes Drittel der Äußerungen bezieht sich zudem auf die Zusammenarbeit mit der Verwaltung und spricht damit ein generelles Problem an. Exemplarisch für diese Kritik seien hier folgende Antworten zitiert:

„Der Verwaltung ist häufig zu schleppend in der Umsetzung der Beschlüsse, einige werden sogar bewusst verzögert oder überhaupt nicht umgesetzt“.

Oder: *„Verwaltungshandeln priorisiert politisches Handeln“.*

6. Kommunikations- und Umgangsformen

Um das Ziel der Befragung, die Einstiegs- und Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen in der Kommunalpolitik zu verbessern, wurden in die Bestandsaufnahme insbesondere Fragen zu den Kommunikations- und Umgangsformen aufgenommen. Wie werden diese von Politiker*innen aktuell erlebt? Was ist ggf. problematisch für alle Politiker*innen, was spezifisch für Frauen? Welche Auswirkungen sind damit verbunden und welcher Handlungsbedarf besteht gegebenenfalls?

Ausgangspunkt für diesen Themenkomplex bildet die Überlegung, dass Organisationskulturen stark von ihren jeweiligen Umgangs- und Kommunikationsformen und den damit verbundenen formellen und informellen Spielregeln geprägt werden. Welche Gruppe dominiert und die Kultur prägt, hat wiederum starken Einfluss darauf, inwieweit sich die jeweiligen Mitglieder anerkannt, zugehörig oder eher am Rande stehend fühlen. Wie schließlich die politische Kultur von den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort wahrgenommen wird, beeinflusst zudem direkt oder indirekt ihre Bereitschaft sich selbst kommunalpolitisch zu engagieren.

Aktuelle Untersuchungen zur politischen Teilhabe von Frauen zeigen: die politische Kultur in Deutschland ist mehrheitlich nicht nur von Männern bestimmt, sondern in Parteien und Parlamenten sind auch mehr oder minder offene oder subtile Spielarten eines „alltäglichen Sexismus“ vorzufinden.⁶ Dieser kann sich u.a. darin äußern, dass die Redebeiträge von Frauen weniger ernst genommen oder abgewertet werden, dass Frauen stärker nach ihrem Äußeren beurteilt und unterschiedliche Maßstäbe in der Beurteilung ihrer Leistungen angelegt werden. Sexismus wird dabei verstanden als jegliche Form der Abwertung und Benachteiligung allein aufgrund des Geschlechts. Sexuelle Belästigung, als sexuell bestimmte, unerwünschte Bemerkungen, Blicke oder Berührungen, stellt wiederum eine besonders deutliche Ausprägung eines Verhaltens dar, das auf Machtdemonstration und Entwürdigung abzielt.⁷

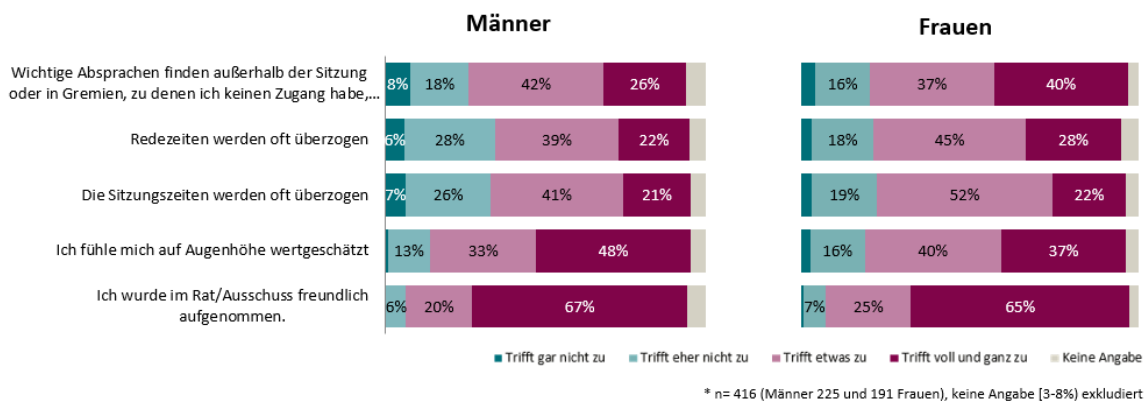
Im folgenden Abschnitt werden zunächst die Kommunikations- und Umgangsformen im Rat bzw. in den Ausschüssen oder Beiräten vorgestellt und dargelegt, inwieweit sich zwischen den Städten Unterschiede abzeichnen. Anschließend wird der Blick auf die Parteien geworfen. Den Abschluss bilden die Befragungsergebnisse zu den Themen Chancengleichheit von und Erwartungen an Frauen sowie Erfahrungen mit sexueller Belästigung und sexistischen Angriffen in den sozialen Medien.

⁶ Vgl. Lukoschat/Köcher 2021: Parteikulturen und politische Teilhabe von Frauen. Eine empirische Untersuchung mit Handlungsempfehlungen an die Parteien, Berlin.

⁷ In der genannten Untersuchung gaben 40 Prozent der befragten Politikerinnen an, schon einmal sexuelle Belästigung im politischen Bereich erlebt zu haben, von den unter 45jährigen 60 Prozent, davon knapp ein Drittel schon häufiger oder immer wieder einmal.

6.1. Kommunikations- und Umgangsformen im Rat und Ausschüssen

Kommunikations- und Umgangsformen im Rat und Ausschüssen (Teil 1)



Zunächst ist als positiver Umstand festzuhalten, dass Frauen wie Männer sich im Rat bzw. Ausschuss freundlich aufgenommen fühlten.

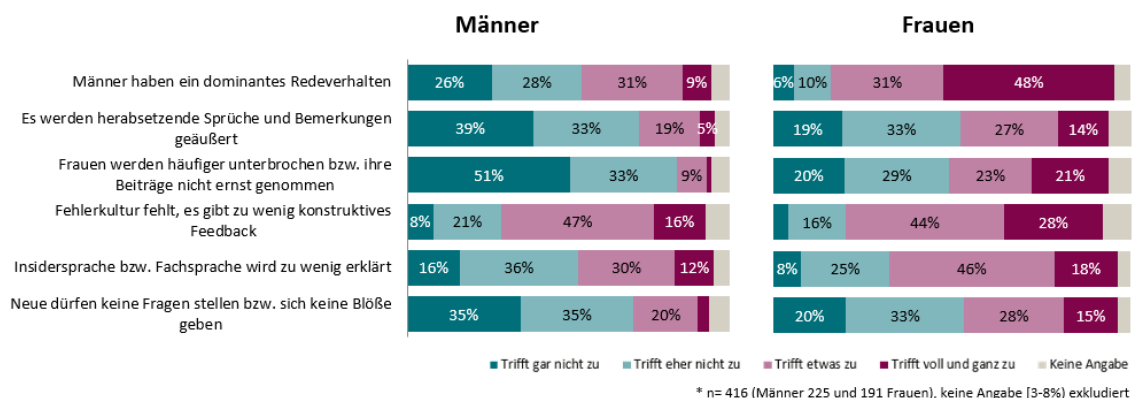
Männer wie Frauen sehen sich mit großer Mehrheit im Großen und Ganzen auf Augenhöhe wertgeschätzt (81 zu 77 Prozent); allerdings stimmen bei den Männern 48 Prozent dem voll und ganz zu, während es bei den Frauen lediglich 37 Prozent sind.

Des Weiteren haben 68 Prozent der Männer und 77 Prozent der Frauen den Eindruck, dass wichtige Absprachen außerhalb der Sitzungszeiten stattfinden oder in Gremien, zu denen sie keinen Zugang haben.

Auch der Zeitaufwand bleibt ein kritisches Thema. Rund ein Fünftel der Frauen und Männer bejaht voll und ganz, dass die Sitzungszeiten oft überzogen werden. Das Überziehen der Redezeit nehmen Frauen noch stärker als Männer wahr: bei den Männern stimmen 61 Prozent zu, bei den Frauen 73 Prozent zu, dass dies teilweise oder voll und ganz zutrifft.

Dazu korrespondiert, dass Frauen sehr viel deutlicher als Männer bei diesen eine dominantes Redeverhalten wahrnehmen: hier ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern eklatant: Während 79 Prozent der Frauen zustimmen, sind es bei den Männern 40 Prozent.

Kommunikations- und Umgangsformen im Rat und Ausschüssen (Teil 2)



Noch stärker ist der Unterschied, wenn direkt danach gefragt wird, ob Frauen häufiger unterbrochen oder weniger ernstgenommen werden. Dies bejahen 44 Prozent der Frauen, aber nur 10 Prozent der Männer. Die Wahrnehmung von Frauen und Männern weicht hier erstaunlich weit voneinander ab. Erklären lässt sich dieser Unterschied vermutlich damit, dass Männern ihre eigenes oder das dominante Verhalten anderer Männer, das sich zum Beispiel im Unterbrechen von Frauen äußern kann, gar nicht erst als solches wahrnehmen, während die betroffenen Frauen sich dessen sehr bewusst sind.

Schließlich nehmen auch deutlich mehr Frauen als Männern herabsetzende Sprüche oder Bemerkungen wahr: Hier sind es 41 Prozent der Frauen gegenüber 24 Prozent der Männer.

Bei den Fragen zu Insidersprache und den Umgang mit Neuen weichen die Antworten weniger stark voneinander ab. Dennoch sind Frauen in ihren Einschätzungen durchgängig deutlich kritischer als die Männer. 43 Prozent der Frauen gegenüber 23 Prozent der Männer bejahen, dass sich Neue keine Blöße geben dürften; eine Insidersprache erlebt rund zwei Drittel der Frauen (64 Prozent) gegenüber 42 Prozent der Männer. In Bezug auf die Fehlerkultur bzw. das Fehlen von konstruktivem Feedback sind sich die kommunalen Politiker*innen wiederum einig und bejahen dies mit über 60 Prozent.

Die Frage nach den Kommunikations- und Umgangsformen reizte gleichfalls zu zahlreichen offenen Antworten (46). Diese lassen sich grob in drei Kategorien einteilen.

Ein erheblicher Teil der Antworten nimmt Bezug auf das unterschiedliche Kommunikationsverhalten von Frauen und Männern und schildert die Anstrengung für Frauen, sich entsprechenden Respekt zu verschaffen und akzeptiert zu werden. Dazu zwei exemplarische Antworten:

„Frau muss als Politikerin schon sehr, sehr lange dabei sein, um gehört und respektiert zu werden.“

„Respektloses Verhalten und geringe oder keine Akzeptanz von Akteuren, mit denen ich als Ausschussvorsitzende zusammenarbeite, weil sie sich von einer Frau, die eine Generation jünger ist, nicht „vorsitzen“ lassen wollen (...).“

Ein anderer Beitrag beschreibt anschaulich, warum sich Frauen häufig in einem Spagat fühlen zwischen Distanz halten und Mitmachen:

„Wenn Männer sich untereinander duzen und so ein Kumpelklima kreieren, ist das für Frauen unangenehm. Frau will sich nicht verkumpeln, da man Männer eh auf Distanz hält, will sich aber auch nicht ausgeschlossen fühlen.“

Weitere Beiträge thematisieren Sitzungszeiten bzw. Redeverhalten in der Verbindung zur Vereinbarkeitsfrage:

„Es wäre hilfreich, wenn man Sitzungszeiten angeben würde, um das Ehrenamt besser mit anderem vereinbaren zu können. Damit soll Diskussion nicht verhindert werden, aber gerade unter Männern wiederholen sich die Redebeiträge wirklich häufig.“

Eine Reihe von Beiträgen nimmt jedoch keine Unterschiede im Umgang von Frauen und Männern wahr. Frauen wie Männer könnten ein „nerviges“ Verhalten zeigen. Auch würden Frauen andere Frauen unsachlich kritisieren. Respektloses Verhalten wird eher in den Kontext des Umgangs zwischen Mehrheitsfraktion und Opposition gestellt oder als ein Problem Einzelner angesehen. In einer Bemerkung wird problematisches Kommunikationsverhalten wiederum als Generationsfrage eingeordnet; die Dominanz der „älteren Männer“ würde nicht nur Frauen, sondern auch die Generation der jüngeren Männer betreffen.

Einige weitere Beiträge heben sich davon ab und fallen unter die Kategorie einer oft pauschal vorgetragenen Kritik an der kommunalpolitischen Praxis generell. Hier wird zum Beispiel über „Parteienklüngel“, die „Machtbesessenheit“ und „Profilierungssucht“ Einzelner geklagt.

Ein Beitrag beschwert sich darüber, dass das Reden über Frauen und Männer nervig und „auf den S... gehen würde“.

6.2. Unterschiede zwischen den Städten

Analysiert man die Antworten zum Kommunikationsverhalten nach den fünf beteiligten Städten, so sind in Lippstadt und Minden die Einschätzungen - bei Frauen wie auch bei Männern - tendenziell noch kritischer als in Arnsberg, Detmold und Gütersloh.

Allerdings ist in Betracht zu ziehen, dass die Fallzahlen in Lippstadt und Minden relativ gering sind.

Besonderheiten nach Stadt

Es werden herabsetzende Sprüche und Bemerkungen geäußert (Durchschnitt: 41% /24%)

Lippstadt: 71% der Frauen / 40% der Männer stimmen zu

Minden: 50% der Frauen / 32% der Männer stimmen zu

Frauen werden häufiger unterbrochen bzw. ihre Beiträge nicht ernst genommen (Durchschnitt: 44%/ 10%)

Lippstadt: 71% der Frauen / 26% der Männer stimmen zu

Männer haben ein dominantes Redeverhalten (Durchschnitt: 79%/ 40%)

Lippstadt: 96% der Frauen / 44% der Männer stimmen zu

Minden: 74% der Frauen / 48% der Männer stimmen zu

Ich fühle mich auf Augenhöhe wertgeschätzt (Durchschnitt: 19% / 14%)

Lippstadt: 25% der Frauen / 19% der Männer stimmen nicht zu

Minden: 24% der Frauen / 12% der Männer stimmen nicht zu

* „trifft voll und ganz zu“ und „trifft etwas zu“ und „trifft gar nicht zu“ und „trifft eher nicht zu“ zusammengeführt
Minden n=51 (davon 24 Frauen/ 27 Männer)
Lippstadt n=59 (davon 34 Frauen/ 25 Männer)

6.3. Situation in den Parteien

Die große Mehrheit der Befragten (88 Prozent) gab an, dass sie einer Partei oder Wählervereinigung angehören. Aufgeschlüsselt nach Partei setzt sich diese Gruppe wie folgt zusammen:

Teilnehmende nach Partei und Geschlecht

Partei	Alle Befragten	Frauen	Männer
CDU	25%	25%	25%
SPD	28%	28%	27%
Bündnis 90/Die Grünen	14%	18%	11%
FDP	7%	5%	9%
AfD	2%	1%	3%
Die Linke	3%	4%	2%
Freie Wähler	1%	1%	2%
Parteilos	6%	7%	5%
Sonstige Parteien oder Wählervereinigungen	7%	6%	7%
Keine Angabe	8%	6%	10%

* n=417

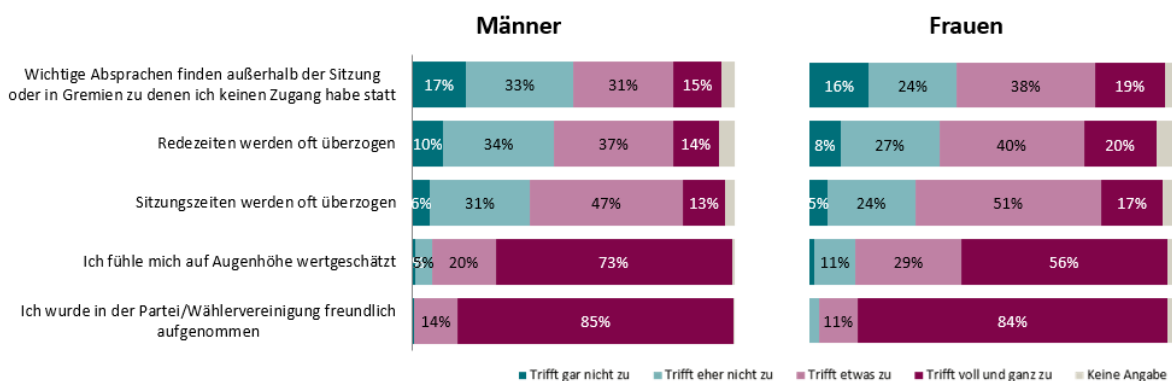
Dieser Gruppe wurden die Fragen nach den Kommunikations- und Umgangsformen in Bezug auf Ihre Partei oder Wählervereinigung in derselben Form gestellt. Auffällig sind hier zunächst die hohen Zustimmungswerte auf die Fragen zur Wertschätzung und zur Aufnahme als Neumitglied:

85 Prozent der Männer und 84 Prozent der Frauen stimmen voll und ganz zu, freundlich aufgenommen worden zu sein.

73 Prozent der Männer gegenüber 56 Prozent der Frauen fühlen sich voll und ganz auf Augenhöhe wertgeschätzt.

Kritischer fällt die Einschätzung zu den Rede- und Sitzungszeiten aus: dass diese oft überzogen werden, bejahen 51 und 60 Prozent der männlichen sowie 60 und 68 Prozent der weiblichen Parteimitglieder.

Kommunikations- und Umgangsformen in den Parteien (Teil 1)



*n=365 (167 Frauen und 198 Männer), keine Angabe [1-5%] exkludiert

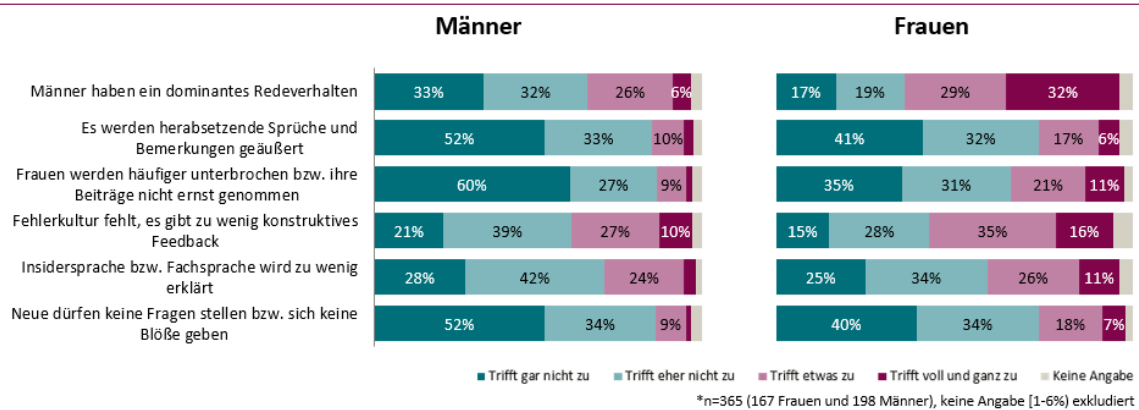
Das Kommunikationsverhalten von Frauen und Männern wird erneut sehr unterschiedlich bewertet:

Während 32 Prozent der Frauen voll und ganz zustimmen, dass Männern ein dominantes Redeverhalten an den Tag legen, sind es bei den Männern lediglich 6 Prozent.

Auch nimmt nur eine Minderheit der befragten Männer wahr, dass herabsetzende Bemerkungen geäußert würden (11 Prozent) oder dass die Redebeiträge von Frauen häufiger unterbrochen würden (10 Prozent). Bei den Frauen selbst sind es immerhin 23 und 32 Prozent.

Positiv sind die Wahrnehmungen bezüglich des Umgangs mit Neuen und der Insidersprache, etwas kritischer bei der Frage zur Fehlerkultur. Hier stimmen 37 Prozent der Männer und 51 Prozent der Frauen zu, dass eine Fehlerkultur fehlt und es zu wenig konstruktives Feedback gibt.

Kommunikations- und Umgangsformen in den Parteien (Teil 2)



Erneut weichen die Wahrnehmungen zwischen Frauen und Männern teilweise sehr deutlich voneinander ab. Besonders auffällig ist dies in Bezug auf das Redeverhalten von Männern, welches die Frauen mehrheitlich als dominant wahrnehmen. Zugleich zeigt sich in allen Antworten zu den Kommunikations- und Umgangsformen in den Parteien, dass die Frauen die Situation insgesamt kritischer bewerten.

Noch ein weiterer Punkt ist aufschlussreich: die Kommunikations- und Umgangsformen in der eigenen Partei oder Wählervereinigung werden, bei aller Kritik, zugleich durchgängig positiver eingeschätzt als in der Rats- und Ausschussarbeit. Dies gilt insbesondere für dominantes Redeverhalten von Männern, das Äußern von herabsetzenden Sprüchen und das Unterbrechen von Frauen, aber auch Themen wie Insidersprache und Fehlerkultur werden in der eigenen Partei/Wählervereinigung positiver wahrgenommen ebenso die Wertschätzung der eigenen Person.

Analysiert man die Antworten zu Umgangsformen nach Partei, so fallen die Einschätzungen der Mitglieder von CDU und SPD, insbesondere der Frauen, bei einigen Fragen kritischer aus als im Durchschnitt der Parteien.

Bei der Frage nach der Verwendung einer Insidersprache bzw. Fachsprache gibt es eine Abweichung von Durchschnitt bei den Männern aus FDP und Grünen; 40 Prozent sind der Ansicht, dass Begrifflichkeiten besser erklärt werden müssten.

Besonderheiten nach Parteien

Ich fühle mich auf Augenhöhe wertgeschätzt (Durchschnitt: 12% / 6%)

CDU: 19 Prozent der Frauen/ 5 Prozent der Männer stimmen nicht zu

SPD: 17 Prozent der Frauen / 7 Prozent der Männer stimmen nicht zu

Wichtige Absprachen finden außerhalb der Sitzungen oder Gremien zu denen ich keinen Zugang habe statt (Durchschnitt: 57%/ 46%)

CDU: 66 Prozent der Frauen/ 45 Prozent der Männer stimmen zu

SPD: 67 Prozent der Frauen/ 52 Prozent der Männer stimmen zu

Neue dürfen keine Fragen stellen bzw. sich die Blöße geben (Durchschnitt: 25% / 11%)

SPD: 39 Prozent der Frauen/ 20 Prozent der Männer stimmen zu

Es werden herabsetzende Sprüche und Bemerkungen geäußert (Durchschnitt: 23% / 13%)

SPD: 37 Prozent der Frauen/ 15 Prozent Männer stimmen zu

Insidersprache bzw. Fachsprache wird zu wenig erklärt (Durchschnitt 37%/ 28%)

SPD: 50 Prozent der Frauen/ 32 Prozent der Männer stimmen zu

CDU: 45 Prozent der Frauen / 21 Prozent der Männer stimmen zu

Grüne: 20 Prozent der Frauen/ 42 Prozent der Männer stimmen zu

FDP: 10 Prozent der Frauen / 40 Prozent der Männer stimmen zu

CDU, n=100 (davon 44 Frauen/ 56 Männer)
SPD, n=114 (53 Frauen/ 61 Männer)
Grüne, n=55 (davon 33 Frauen / 22 Männer)
FDP, n=29 (davon 10 Frauen / 19 Männer)

* „trifft voll und ganz zu“ und „trifft etwas zu“ bzw. „trifft gar nicht zu“ und „trifft eher nicht zu“ zusammengeführt

Die offenen Antworten (26) unterstreichen den Befund, dass der Umgang in der eigenen Partei/Wählervereinigung positiver wahrgenommen wird. Mehrfach wird positiv auf die eigene Partei Bezug genommen und dies häufiger mit dem Hinweis verbunden, dass es sich um eine „kleine“ Partei handele. Bei den größeren Parteien gibt mehr kritische Stimmen, bisweilen in einem resignativen Unterton, denn: die *„Volksparteien sind eben auch Spiegel der Gesellschaft“*. Aufschlussreich ist auch eine Antwort, die deutlich macht, dass es Einzelne sind, die mit ihrem Verhalten das parteiinterne Klima beschädigen können. Das Problem läge darin, dass diese in ihrem Verhalten nicht in die Schranken gewiesen würden.

„Im Allgemeinen ist das Verhalten freundlich, dennoch fallen immer einzelne Männer sehr negativ auf. Das ist zwar allen bekannt, es will jedoch keiner etwas dagegen sagen mit Verweis auf langjährige Erfahrung, Treue usw. - selbst wenn es Vorwürfe von unangemessenem Verhalten über Jahre hinweg gibt, wird das hingenommen.“

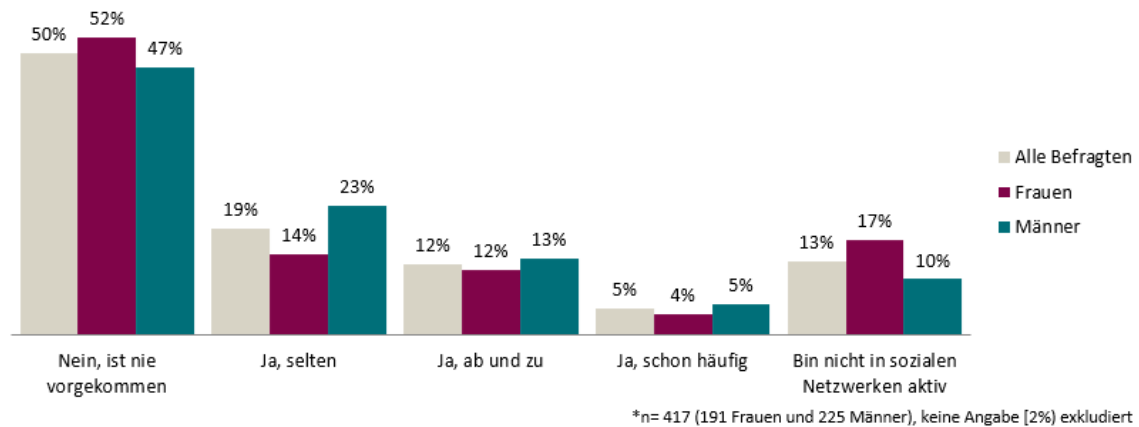
Zwei Antworten weisen zudem darauf hin, dass für die Akzeptanz innerhalb der Partei die berufliche Qualifikation und der soziale Status des Mitglieds eine Rolle spiele.

Ein weiteres Thema wird in den offenen Antworten mehrfach erwähnt: die bessere Integration der neuen Mitglieder. Hierzu ein aufschlussreicher Kommentar, der parteiübergreifende Bedeutung hat: *„Es fehlt eine Willkommenskultur und eine Einbindung für Neumitglieder. Hat man keinen persönlichen Förderer/eine Bezugsperson, wird man anfänglich schnell übergangen. Eine Einbindung in die Parteiarbeit nach Interesse oder Fähigkeiten ist eher zufällig und nicht systematisiert im Sinne der Nachwuchsförderung und Verjüngung.“*

6.4. Anfeindungen in den sozialen Medien und sexuelle Belästigung

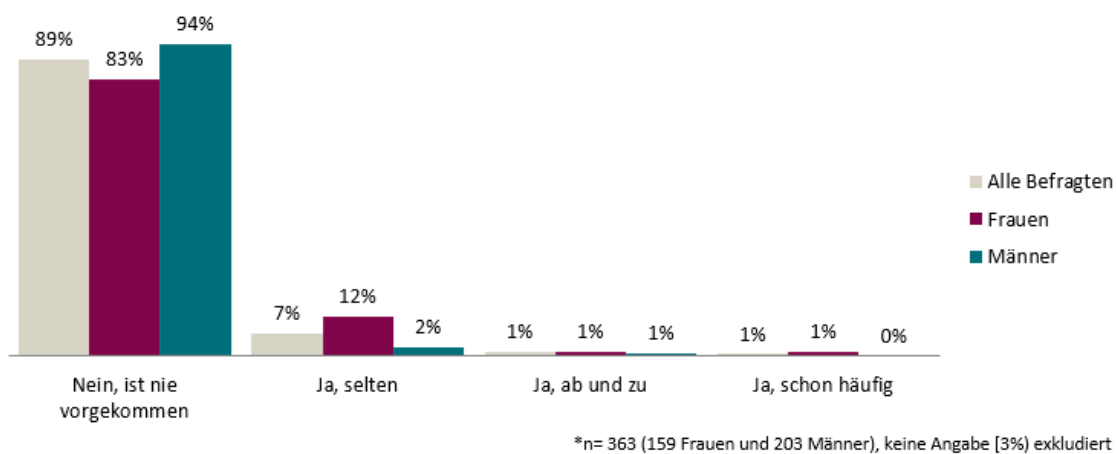
Dass immer mehr Kommunalpolitiker*innen in den sozialen Medien Anfeindungen, Beleidigung oder Bedrohung erfahren, ist in der letzten Zeit verstärkt in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Für die von uns untersuchten Städte lässt sich immerhin festhalten, dass die Hälfte der Befragten dies noch nie erlebt hat. Selten haben es 14 Prozent der Frauen und 23 Prozent der Männer erlebt, ab und an oder häufiger lediglich 12 bzw. 5 Prozent.

Anfeindungen, Beleidigungen oder Bedrohungen in sozialen Netzwerken



Auf die Frage, ob die Befragten auch schon einmal Opfer sexistischer Angriffe oder Kommentaren in den sozialen Medien geworden sind, verneinen dies 83 Prozent der Frauen und 94 Prozent der Männer. Selten haben diese 12 Prozent der Frauen und 2 Prozent der Männer erlebt.

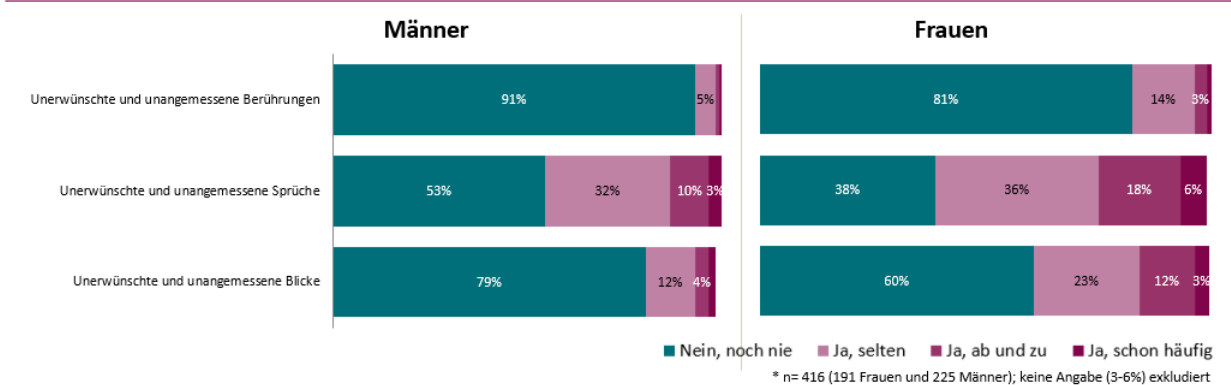
Sind Sie in sozialen Netzwerken Opfer sexistischer Angriffe oder Kommentare geworden?



Schließlich interessierte uns auch die Frage, ob die Kommunalpolitiker*innen im Rahmen ihrer Tätigkeit schon einmal sexuelle Belästigung im Sinne unerwünschter, sexuell bestimmter Blicke, Bemerkungen oder Berührungen erlebt haben.

Unerwünschte Berührungen haben rund sechs Prozent der Männer haben selten oder ab und zu und rund 18 der Frauen haben selten, ab und zu oder schon häufig (davon 0,88%) erlebt.

Sexuelle Belästigung



Unangemessene Blicke haben 12 Prozent der Männer selten und 4 Prozent ab und an erlebt. Auch hier sind Frauen deutlich stärker betroffen: 23 Prozent haben es selten, 12 Prozent ab und an und drei Prozent schon häufiger erlebt.

Deutlicher fallen die Zahlen bei der Frage nach unerwünschten oder unangemessenen Bemerkungen aus. Dies haben 32 Prozent der Männer selten und 10 Prozent ab und an erlebt. Bei den Frauen sind es 36 und 18 Prozent. Darüber hinaus geben 6 Prozent der Frauen an, diese schon häufiger erlebt zu haben (gegenüber drei Prozent der Männer).

Schließlich hatten wir in einer offenen Frage nach Erfahrungen zu weiteren Übergriffigkeiten gefragt. Aus den Antworten (24) werden gleichfalls vorwiegend „verbale Aggressionen“ genannt; mehrfach ist von „herablassenden Sprüchen“ oder unangemessenen „Belehrungen“ gegenüber Frauen die Rede.

Dies fügt sich ein in das kritische Bild ein, das von den Kommunikations- und Umgangsformen von den Befragten gezeichnet und das deutlichen Handlungsbedarf aufzeigt.

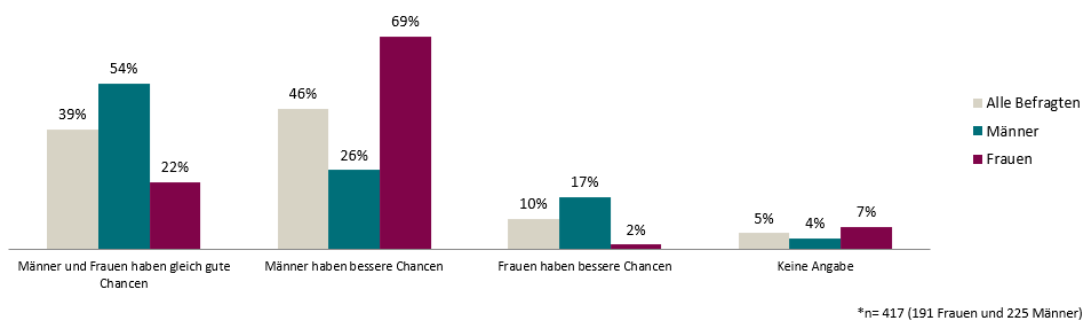
7. Kommunalpolitische Praxis: Chancengleichheit, Erwartungen und Themen

Dass Frauen in der Kommunalpolitik unterrepräsentiert sind, ist vielfach belegt. Wie sieht es um ihre Chancen und Einflussmöglichkeiten aus? Welche Erwartungen werden an Frauen gerichtet? Gibt es Themen und Ausschüsse, die (weiterhin) mehrheitlich von Männern bzw. von Frauen besetzt werden? Denn die Anzahl der Mandate allein gibt noch nicht Aufschluss darüber, welchen Einfluss Frauen tatsächlich auf die Gestaltung der kommunalen Belange haben. Im folgenden Abschnitt wird diesen Fragen nachgegangen und die Situation in den fünf Städten dargestellt.

7.1. Chancen und Erwartungen

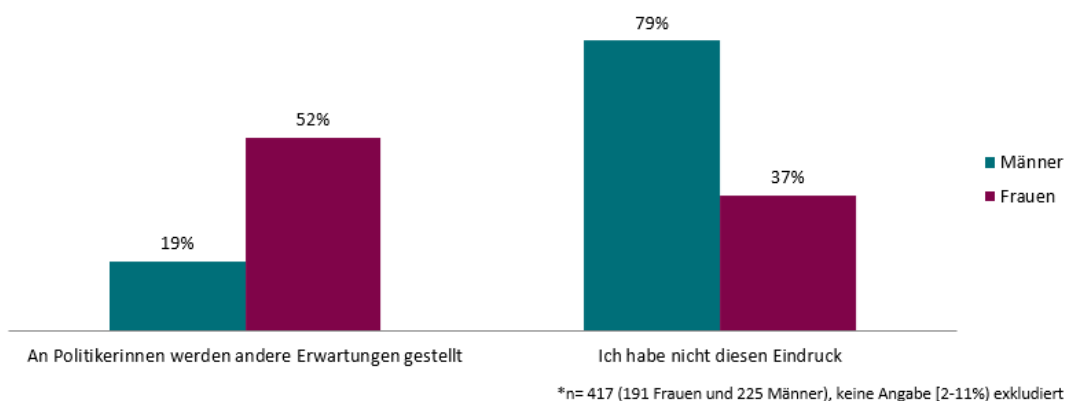
In der Einschätzung, ob Frauen und Männer gleich gute Chancen in der Kommunalpolitik haben, zeigt sich erneut ein großer Unterschied zwischen den Geschlechtern.

Einschätzung zur Chancengleichheit



Gleich gute Chancen sehen nur 22 Prozent der Frauen gegenüber 54 Prozent der Männer als gegeben an. Dass Männer bessere Chancen hätten, bejahen 69 Prozent der Frauen, aber nur 26 Prozent der Männer. Dagegen gehen immerhin 17 Prozent der Männer davon aus, dass Frauen bessere Chancen hätten. Dies sieht jedoch nur eine kleine Minderheit von zwei Prozent der Frauen so.

Erwartungen an Politikerinnen

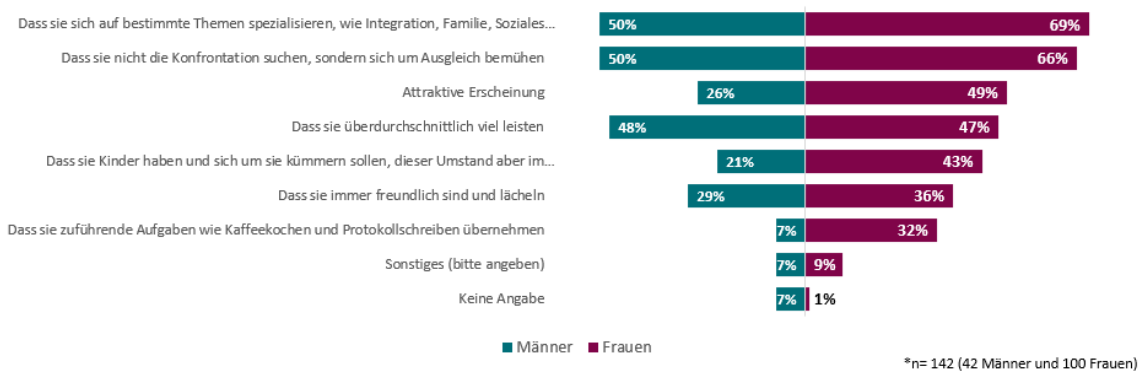


Auch bei der Frage, ob an Politikerinnen andere Erwartungen gestellt werden, lässt sich eine ähnlich große Lücke in der Wahrnehmung der Geschlechter feststellen.

Die knappe Mehrheit der Frauen geht davon aus, dass an sie andere Erwartungen gestellt werden, bei den Männern teilen nur 19 Prozent diesen Eindruck.

An diejenigen, die unterschiedliche Erwartungshaltungen beobachten, wurde anschließend die Frage gerichtet, worin die besonderen Erwartungen an Frauen bestehen.

Erwartungen an Politikerinnen (Mehrfachauswahl)



Rund zwei Drittel der Frauen sind der Meinung, dass an Kommunalpolitikerinnen die Erwartung gerichtet wird, sich auf bestimmte Themen zu fokussieren. Auch die Erwartung, nicht konfrontativ, sondern ausgleichend zu wirken, wird von 66 Prozent bejaht.

Auch eine attraktive Erscheinung zu haben, erlebt knapp die Hälfte der Befragten als Erwartungshaltung, gefolgt von überdurchschnittlichen Leistungen, die Frauen erbringen müssten.

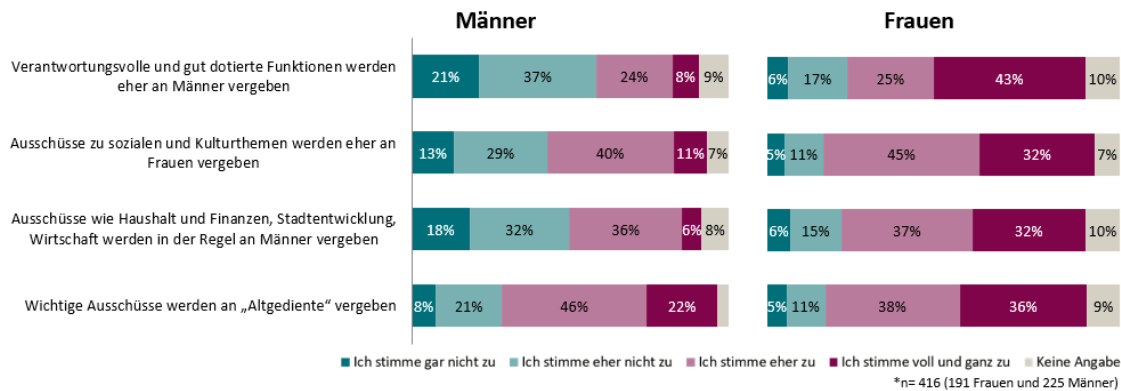
Und auch das Thema der Familie spielt eine Rolle: immerhin 43 Prozent der Frauen bejahen, dass an Kommunalpolitikerinnen, anders als an die Männer, die Erwartung gerichtet wird, Kinder zu haben und sich um diese zu kümmern.

Bei der Gruppe der Männer – zur Erinnerung: nur knapp ein Fünftel bejaht andere Erwartungen – erfahren die höchsten Zustimmungswerte gleichfalls die Konzentration auf bestimmte Themen- bzw. Politikfelder, das ausgleichende Verhalten sowie die überdurchschnittlichen Leistungen. Insgesamt fällt die Zustimmung bei allen Fragen bei den Männern deutlich geringer aus.

7.2. Besetzung von Ausschüssen/Funktionen und Gewichtung von Themen

Wie erleben die befragten Politiker*innen nun die Besetzung von Ausschüssen und Funktionen in ihren Städten?

Besetzung von Ausschüssen



Auch hier zeigt sich erneut das Bild, dass Frauen die Situation deutlich kritischer bewerten als ihre männlichen Kollegen. 68 Prozent der Frauen, aber nur 32 Prozent der Männer stimmen zu, dass verantwortungsvolle und gut dotierte Funktionen eher an Männer vergeben werden.

Die Frage, ob Ausschüsse wie Haushalt, Finanzen, Wirtschaft eher an Männer vergeben werden, ruft gleichfalls unterschiedliche Bewertungen hervor. Dies bejahen 42 Prozent der Männer gegenüber 69 Prozent der Frauen.

Etwas mehr Übereinstimmung zeigt sich bei der Frage, ob Ausschüsse zu sozialen oder kulturellen Themen eher an Frauen vergeben werden. Dies bejahen 51 Prozent der Männer und 77 Prozent der Frauen.

Die größte Übereinstimmung herrscht jedoch bei der Frage, ob wichtige Ausschüsse vor allem an „Altgediente“ vergeben werden: dies bejahen 68 Prozent der Männer und 74 Prozent der Frauen.

7.3. Unterschiede zwischen den Städten

Im Vergleich der Städte gibt es folgende Auffälligkeiten:

In Gütersloh wird die Situation zur Besetzung von Ausschüssen und Funktionen im Durchschnitt um 10 bis zu 20 Prozentpunkte positiver bewertet als in den anderen vier Städten.

In Lippstadt, Minden und Arnsberg sind die Werte kritischer.

Die Zustimmung zur Frage, ob Ausschüsse an „Altgediente“ vergeben werden, ist bei allen Städten vergleichsweise hoch. In Arnsberg und Lippstadt wird dies von Männern und Frauen gleichermaßen mit großer Mehrheit bejaht.

Besonderheiten nach Stadt

Ausschüsse wie Haushalt und Finanzen...werden i.d.R. an Männer vergeben (Durchschnitt: 69% / 42%)

Lippstadt: 84 Prozent der Frauen / 37 Prozent der Männer stimmen zu

Minden: 71 Prozent der Frauen / 32 Prozent der Männer stimmen zu

Arnsberg: 77 Prozent der Frauen / 53 Prozent der Männer stimmen zu

Verantwortungsvolle und gut dotierte Funktionen werden eher an Männer vergeben (Durchschnitt: 68% / 32%)

Lippstadt: 87 Prozent der Frauen / 37 Prozent der Männer stimmen zu

Arnsberg: 74 Prozent der Frauen / 40 Prozent der Männer stimmen zu

Wichtige Ausschüsse werden an „Altgediente“ vergeben. (Durchschnitt: 74% / 68%)

Arnsberg: 79% der Frauen / 74% der Männer

Lippstadt: 88% der Frauen / 85% der Männer

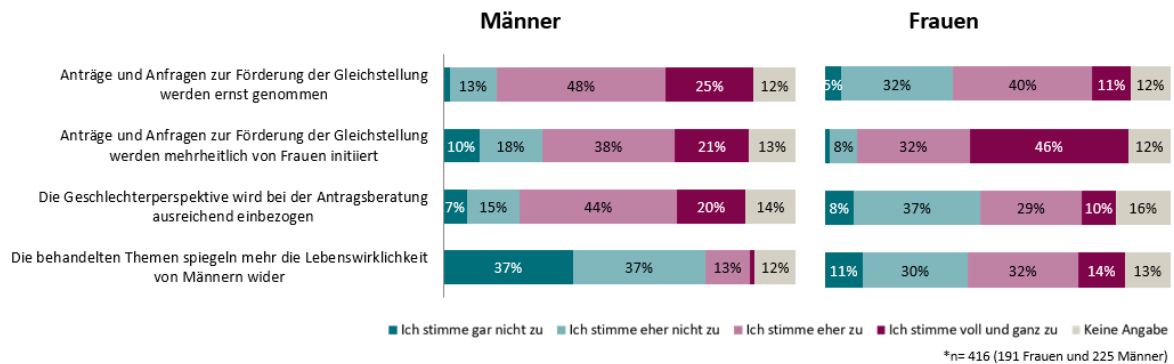
Minden, n= 51 (davon 24 Frauen / 27 Männer)
Lippstadt, n= 59 (davon 34 Frauen / 25 Männer)
Arnsberg, n= 116 (davon 43 Frauen / 73 Männer)

*, „trifft voll und ganz zu“ und „trifft etwas zu“ bzw. „trifft gar nicht zu“ und „trifft eher nicht zu“ zusammengeführt

7.4. Gleichstellungsthemen

Für die kommunalpolitische Praxis interessierte uns schließlich, wie Gleichstellungsthemen wahrgenommen und im Rat und in den Ausschüssen behandelt werden und wie die Geschlechterperspektive, im Sinne des Gender Mainstreamings, im kommunalpolitischen Handeln insgesamt beachtet wird.

Gewichtung von Themen



Positiv ist zunächst zu konstatieren, dass die Kommunalpolitiker*innen mehrheitlich bejahen, dass Anträge/Anfragen zur Förderung von Gleichstellung ernst genommen werden. 73 Prozent der Männer stimmen zu und immerhin 51 Prozent der Frauen.

Zugleich herrscht Übereinstimmung, dass diese mehrheitlich von Frauen initiiert werden, wobei auch dies von deutlich mehr Frauen (78 Prozent) so eingeschätzt wird.

Dagegen zeigt sich bei der Frage, ob durchgängig die Geschlechterperspektive einbezogen wird, bereits ein anderes Bild. Dies bejahen 64 Prozent der Männer, während es bei den Frauen 39 Prozent sind.

Große Unterschiede zeigen sich schließlich bei der Frage, ob die behandelten Themen mehr die Lebenswirklichkeit von Männern spiegeln würden. Dies bejahen nur 14 Prozent der Männer, aber wiederum 46 Prozent der Frauen.

Für den gesamten Fragenkomplex gilt, dass der Anteil derjenigen, die keine Angaben zu diesen Punkten gemacht haben, im Vergleich deutlich höher ausfällt und bei beiden Geschlechtern um die 12 Prozent liegt. Dies ist vermutlich darauf zurück zu führen, dass es in Arnsberg und Gütersloh keinen entsprechenden Ausschuss bzw. Beirat gibt.

Insgesamt ergibt sich ein gemischtes Bild. Auf der einen Seite ist positiv festzuhalten, dass Gleichstellung als kommunales Politikfeld verankert ist. In der Fokusgruppe mit den nicht mehr aktiven Kommunalpolitikerinnen wurde zudem bestätigt, dass die Bedeutung von Gleichstellungsthemen in den vergangenen Wahlperioden zugenommen habe und mit dem Hinweis verbunden, dass dies auch der engagierten Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten zu verdanken sei. Auf der anderen Seite sieht eine knappe Hälfte der Kommunalpolitikerinnen, dass in der Gesamtschau der Themen die Geschlechterperspektive nicht ausreichend berücksichtigt und die Lebenswirklichkeit von Frauen zu wenig gespiegelt wird. Dies ist umso bemerkenswerter, da Politik ja gerade das unmittelbare Lebensumfeld betrifft, vom

Freizeitangebot bis zum Angebot an Kinderbetreuung, von der Sicherheit der Schul- und Fahrradwege bis zum Schutz vor häuslicher Gewalt.

Bemerkenswert ist auch, dass die Einschätzungen zwischen Frauen und Männern erheblich abweichen bzw. die Männer die Situation deutlich positiver einschätzen. Dies kann als ein Indiz gewertet werden, dass die kommunalpolitisch aktiven Männer in Anbetracht von Gleichstellungsbeauftragten und von diesbezüglichen Ausschüssen oder Beiräten davon ausgehen, dass das Thema genügend Beachtung findet. Das Bewusstsein dafür, dass die Geschlechterperspektive auch in anderen Politikfeldern eine Rolle spielen kann bzw. sollte, scheint weniger ausgeprägt. Möglicherweise besteht zum gesamten Themenkomplex ein erhöhter Informations- und Diskussionsbedarf.

8. Gründe für Ausstieg und Wiedereinstieg

Mit Blick auf die kommende Kommunalwahl wurde in die Befragung die Fragestellung aufgenommen, inwieweit die aktiven Kommunalpolitiker*innen beabsichtigen, zur Wiederwahl anzutreten bzw. nicht anzutreten und welche Gründe dafür den Ausschlag geben. Ferner interessierte uns, ob Interesse besteht, weitergehende Ämter oder Mandate zu erreichen.

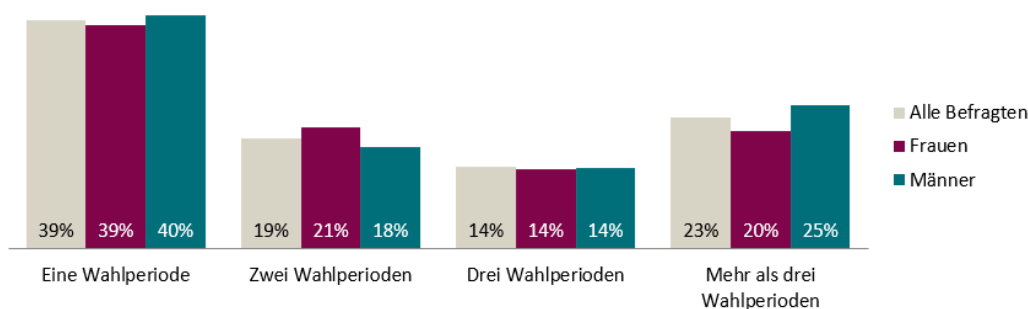
Zugleich wurden auch ausgeschiedene Kommunalpolitiker*innen der letzten Wahlperiode zu den Gründen ihres Ausscheidens und zu ihrem Interesse an einer erneuten Kandidatur befragt.

Zeichnen sich Unterschiede zwischen Frauen und Männern ab? Gibt es ggf. einen „Pool“ an Frauen, die zu einer erneuten Kandidatur motiviert werden könnten?

8.1. Aktive: Wahlperioden, Wiederwahl und weitergehende Ämter und Mandate

Uns interessierte zunächst, wie lange die Befragten bereits kommunalpolitisch aktiv sind.

Anzahl der Wahlperioden



* n=347 (153 Frauen und 194 Männer), keine Angabe (3-6%) exkludiert

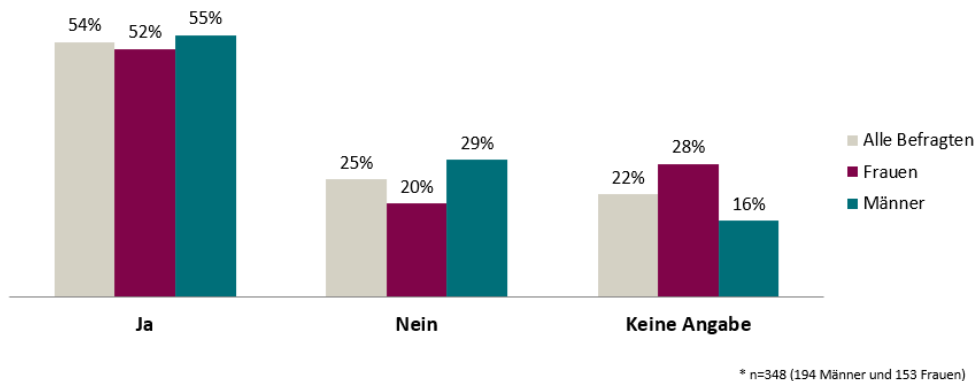
Zwei Punkte sind hier aufschlussreich.

Bezüglich der Anzahl der Wahlperioden unterscheiden sich Frauen und Männer nicht wesentlich. Rund 60 Prozent der Befragten sind bereits zwei Wahlperioden oder mehr aktiv. Lediglich bei der Dauer von mehr als drei Wahlperioden sind Männer mit 25 Prozent etwas mehr vertreten.

Das lässt den Schluss zu, dass Frauen, wenn sie den Weg in die Kommunalpolitik gefunden haben, ähnlich wie die Männer vergleichsweise lange aktiv bleiben.

Inwieweit möchten die Befragten zur Wiederwahl antreten?

Bereitschaft zur erneuten Kandidatur

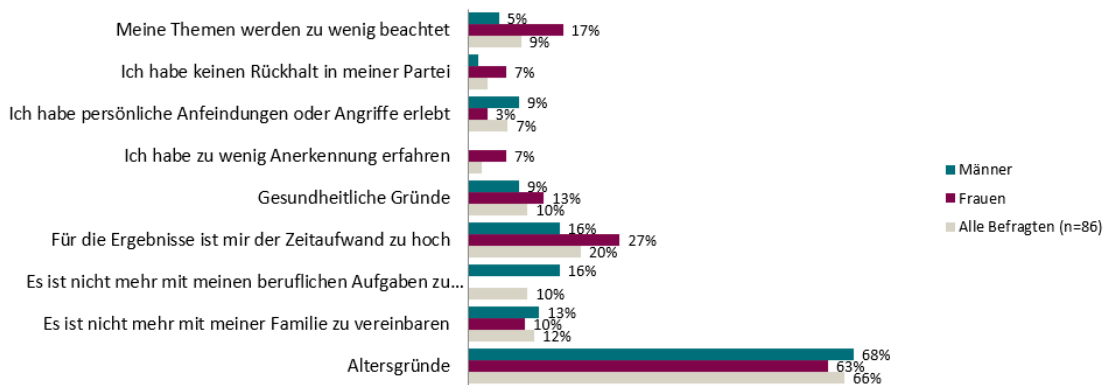


54 Prozent der Befragten antworten mit Ja; auch hier gibt es keinen signifikanten Unterschied zwischen den Geschlechtern.

Mehr Männer als Frauen beabsichtigen nicht erneut zu kandidieren (29 Prozent der Männer und 20 Prozent der Frauen). Dies korrespondiert mit dem höheren Anteil der Männer, die bereits mehr drei Wahlperioden aktiv waren.

Aufschlussreich ist, dass 28 Prozent der Frauen gegenüber 16 Prozent der Männer keine Angabe zu dieser Frage machen, womit davon auszugehen ist, dass der Anteil der unentschlossenen Frauen vergleichsweise hoch ist.

Motive für Ausstieg (Mehrfachauswahl)



Im zweiten Schritt wurden diejenigen, die nicht mehr antreten wollen, zu ihren Gründen befragt. Der ganz überwiegende Teil (66 Prozent) möchte aus Altersgründen nicht mehr antreten. Dies ist angesichts der Alterszusammensetzung – 40,8 Prozent der Befragten sind über 60 Jahre alt, davon 13,7 Prozent über 70 – wenig erstaunlich.

Bei den anderen Gründen heben sich bei den Frauen zwei Motive ab: 27 Prozent der Frauen (wie auch 16 Prozent der Männer) ist der Zeitaufwand gemessen an den Ergebnissen zu hoch. Auch kritisieren 17 Prozent der Frauen, dass ihre Themen zu wenig beachtet wurden, während dies nur fünf Prozent der Männer angeben.

Die mangelnde Vereinbarkeit mit der Familie spielt bei beiden Geschlechtern kaum eine Rolle, was sicherlich auch damit zusammenhängen kann, dass die aktive Familienphase mit betreuungspflichtigen Kindern für die meisten bereits der Vergangenheit angehört.

Aktive: Weitergehende Ämter und Mandate

Welche Vorstellungen haben die aktiven Politiker*innen, die zur Wiederwahl antreten über künftige Ämter und Mandate? Rund 30 Prozent, etwas mehr Männer als Frauen streben weitergehende Ämter oder Mandate an. Die gute Hälfte verneint dies. Erneut gibt es relativ viele, die dazu keine Angaben gemacht haben, darunter deutlich mehr Frauen (23 Prozent) als Männer (14 Prozent). Der Anteil der „unentschlossenen“ Frauen ist vergleichsweise hoch.

Angestrebte Ämter oder Mandate in der Kommunal-, Landes-, Bundes- oder Europapolitik



* n=101 (60 Männer und 41 Frauen)

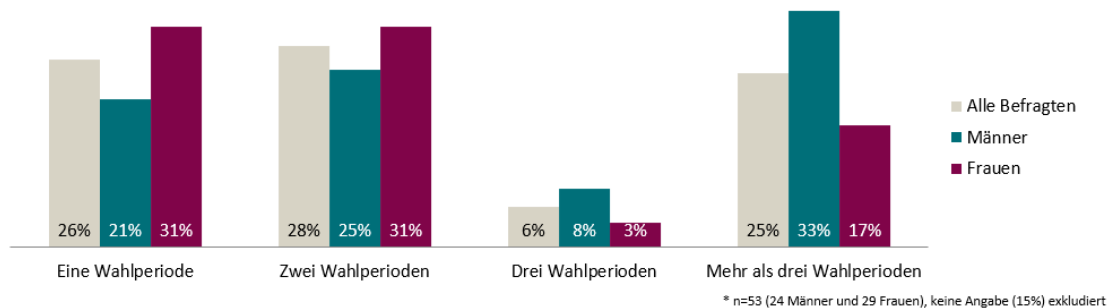
Von dem Drittel der Kommunalpolitiker*innen, die sich weitergehende Schritte vorstellen können, will die große Mehrheit diese in der Kommunalpolitik gehen. Aber immerhin 27 Prozent streben Ämter oder Mandate in der Landespolitik an, weitere 15 Prozent können sich dies für die Bundespolitik vorstellen und nochmal weitere neun Prozent wären bereit, in die Europapolitik zu gehen. Die Zustimmungsraten fallen bei den Männern nur geringfügig höher aus.

Diese Ergebnisse passen zu der These, dass Frauen, wenn sie in der Kommunalpolitik erst einmal angekommen und aktiv sind, vergleichbare Vorstellungen und Ambitionen zu ihrer politischen Laufbahn haben wie ihre männlichen Kollegen.

8.2. Ausgeschiedene: Wahlperioden und Wiederwahl

Auch die ausgeschiedenen Kommunalpolitiker*innen wurden zur Anzahl ihrer Wahlperioden befragt.

Anzahl der Wahlperioden

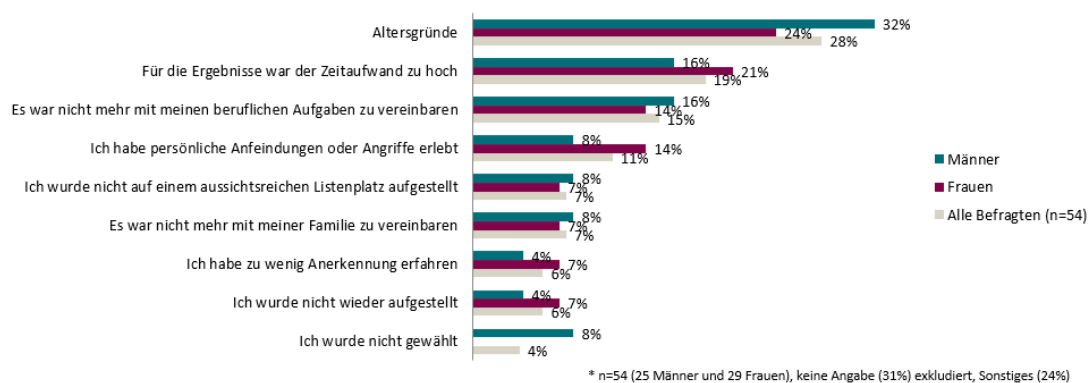


Ein Viertel der Befragten war tatsächlich nur eine Wahlperiode aktiv, darunter deutlich mehr Frauen (31 Prozent) als Männer (21 Prozent). Auch bei denjenigen, die mehr als drei Perioden aktiv waren, sind mit 33 Prozent deutlich mehr Männer als Frauen vertreten (17 Prozent). Im Vergleich zur letzten Wahlperiode sind die Unterschiede zwischen Frauen und Männern insgesamt deutlicher ausgeprägt als in der aktuellen.

Zu den Gründen für das Ausscheiden befragt, wird als Hauptgrund erneut das Alter genannt, gefolgt von dem Eindruck, dass der Zeitaufwand für das Ergebnis zu hoch war. Auch die Vereinbarkeit mit dem Beruf spielt noch eine gewisse Rolle, die Vereinbarkeit mit der Familie dagegen erneut weniger.

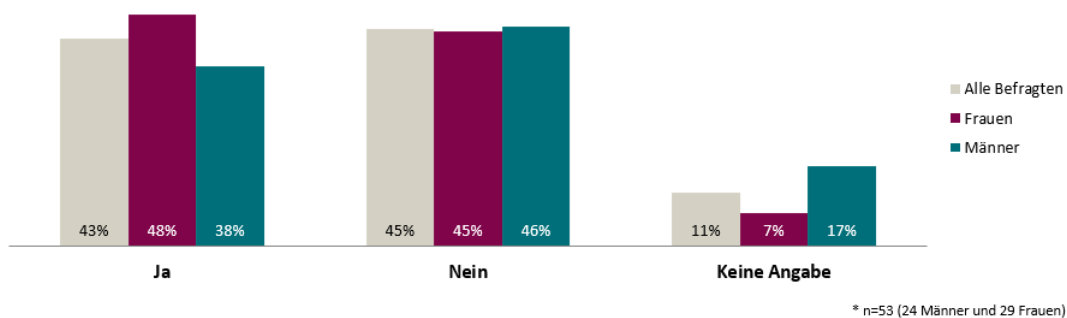
14 Prozent der Frauen geben zudem an, dass sie persönlich Angriffe erlebt hätten, bei den Männern sind es acht Prozent.

Gründe für das Ausscheiden



Wer von den Ausgeschiedenen könnte sich vorstellen, erneut einzusteigen?

Interesse Wiedereinstieg



Bemerkenswert ist, dass sich immerhin 48 Prozent der Frauen – mehr als die Männer mit 38 Prozent – vorstellen können, wieder in die Kommunalpolitik einzusteigen; sieben Prozent sind unentschlossen, bei den Männern sind es 17 Prozent. Allerdings muss bei diesen Aussagen auch die relativ geringe Fallzahl in Betracht gezogen werden, welche die Aussagekraft relativiert. Auf die offene Antwortmöglichkeit, welcher Anlass für den Wiedereinstieg geeignet wäre, war die Resonanz zudem mit lediglich vier Antworten gering.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass ein vergleichbares Muster im Verhalten von weiblichen und männlichen Kommunalpolitiker*innen besteht. Ist die erste Wahlperiode erst einmal absolviert, bleibt ein erheblicher Teil der Kommunalpolitik über mehrere Wahlperioden hinweg erhalten. Dies gilt auch für die Frauen. Bei beiden Geschlechtern wird zudem als Hauptgrund für das Ausscheiden das Alter genannt. Auch streben fast ebenso viele Frauen wie Männer weitergehende Ämter und Mandate an, ganz überwiegend in der Kommunalpolitik, aber auch in der Landes-, Bundes- oder Europapolitik.

Unter der Zielstellung der Befragung, wie der Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik erhöht werden kann, sind mehrere Punkte wichtig. Zum einen ist der Anteil von Frauen, die sich noch nicht entschieden haben, ob sie bei der Kommunalwahl 2025 wieder antreten wollen, vergleichsweise hoch. Hier könnte die gezielte Unterstützung durch Fraktion oder Parteien hilfreich für die Entscheidungsfindung sein. Dazu passt der Befund, dass bei den ausgeschiedenen Politiker*innen mehr Frauen als Männer nur eine Periode absolviert haben. Zugleich wird bei den Ausgeschiedenen durchaus Interesse an einem Wiedereinstieg geäußert. Dies legt den Schluss nahe, dass insbesondere die Frauen in der ersten Wahlperiode eine wichtige Zielgruppe bilden und entsprechende Unterstützung erfahren sollten, um am Ball zu bleiben.

9. Empfehlungen und Maßnahmen

Ein zentrales Anliegen der Befragung ist die Entwicklung von Empfehlungen und Maßnahmen für die beteiligten Städte. Im Folgenden stellen wir zunächst die Ergebnisse der Befragung vor: dies bezieht sich auf vier Handlungsfelder, die auf Grundlage bisheriger Forschungen zu hinderlichen und förderlichen Faktoren für mehr Frauen in der Kommunalpolitik für die Befragung identifiziert worden sind. Diese sind:

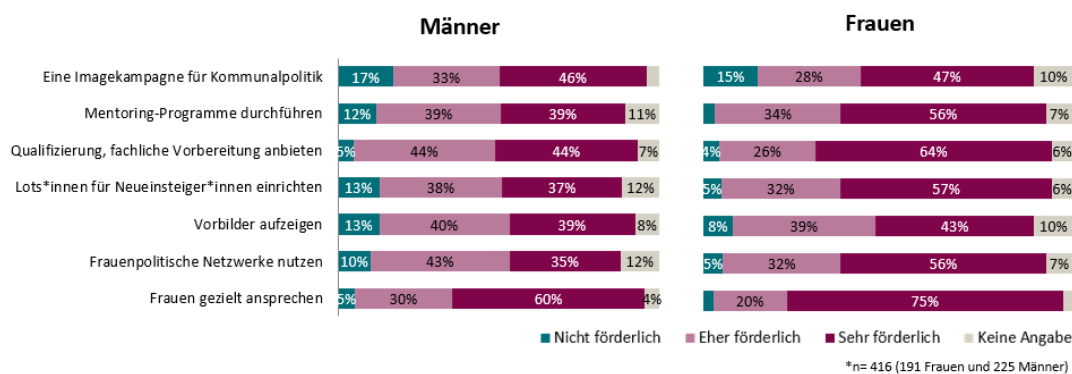
- Gewinnung von Frauen
- Verbesserung der Vereinbarkeit mit Familie
- Rahmenbedingungen kommunalpolitischer Arbeit
- Spezifische Maßnahmen für die Parteien.

Ergänzend gehen wir auf die zahlreichen Anregungen der befragten Kommunalpolitiker*innen aus den offenen Antwortmöglichkeiten ein.

Abschließend sind die Anregungen dargestellt, die in der Fokusgruppe mit zivilgesellschaftlich engagierten Frauen diskutiert wurden.

9.1. Gewinnung von Frauen

Bewertung von Maßnahmen zur Gewinnung von Frauen für die Kommunalpolitik



Zunächst ist festzuhalten, dass alle zu diesem Bereich vorgeschlagenen Maßnahmen hohe Zustimmungswerte erhalten; nur eine Minderheit von 10 bis 17 Prozent hält die Vorschläge für nicht förderlich. Dies gilt für Frauen und Männer, wobei die Frauen die Maßnahmen durchgängig stärker als die Männer befürworteten bzw. für sehr förderlich halten.

Spitzenreiter bei beiden Geschlechtern ist die persönliche Ansprache von Frauen. Dies korrespondiert mit den persönlichen Erfahrungen der Politiker*innen, die vielfach selbst auf diesem Weg in die Kommunalpolitik gelangt sind.

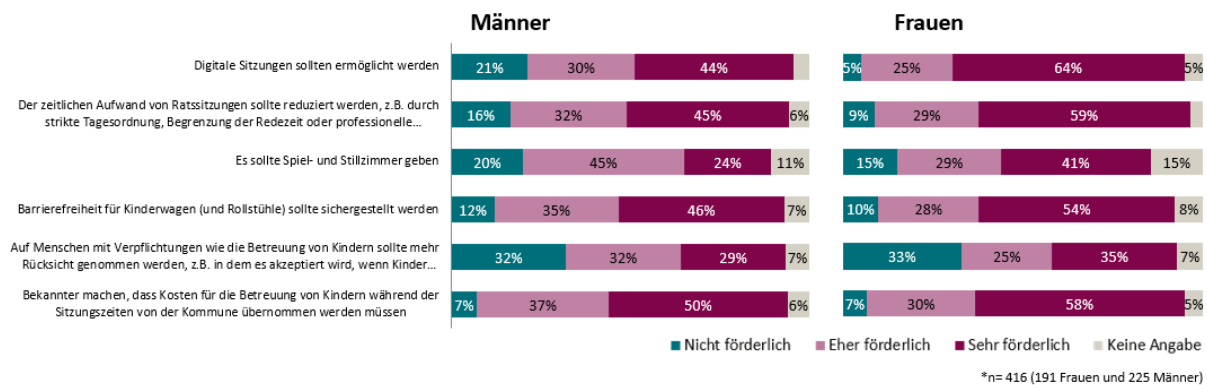
Die Politikerinnen setzen dabei noch etwas stärker als ihre männlichen Kollegen auf die fachliche Qualifizierung und Vorbereitung, auf „Lotsen“ beim Einstieg und Mentoring-Programme. Wiederum korrespondiert dies mit ihren persönlichen Erfahrungen. Denn die Politikerinnen gaben stärker als ihre männlichen Kollegen an, sich die Frage gestellt zu haben, ob sie das Mandat überhaupt erfüllen können. Auch die Erfahrungen mit den Kommunikations-

und Umgangsformen legt nahe, dass Begleitung und Unterstützung, vor allem beim Einstieg in die Ausschuss- und Ratsarbeit, als notwendig und hilfreich anzusehen sind.

Schließlich erzielt auch der Vorschlag für eine Imagekampagne für die Kommunalpolitik hohe Zustimmungswerte von 79 und 75 Prozent.

9.2. Vereinbarkeit mit der Familie

Bewertung von Maßnahmen zur Vereinbarkeit mit der Familie



Erneut zeigen sich hohe Zustimmungswerte für die vorgeschlagenen Maßnahmen, wobei die Frauen auch hier erneut alle Maßnahmen stärker befürworten. Allerdings findet sich bei dieser Frage eine vergleichsweise größere Anzahl derjenigen, die keine Angaben gemacht haben. Dies lässt darauf schließen, dass es bei einigen Vorschlägen noch Informations- oder Diskussionsbedarf gibt.

Beide Geschlechter befürworten in hohem Maße den Vorschlag bekannter zu machen, dass Kosten für die Kinderbetreuung während der Sitzungszeiten übernommen werden. Diese wäre ggf. auch ein guter Punkt für die „Imagekampagne“.

Spitzenreiter bei den Frauen ist jedoch der Vorschlag digitale Sitzungen zu ermöglichen. Während es bei den Frauen nur fünf Prozent sind, die dies für nicht förderlich halten, ist die Skepsis bei den Männern deutlich ausgeprägter: 21 Prozent sprechen sich dagegen aus.

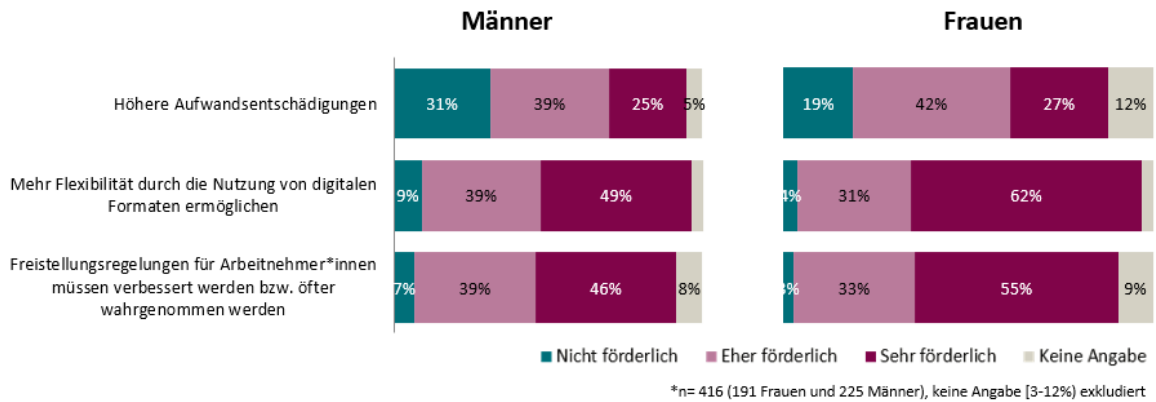
Einigkeit besteht zu den Vorschlägen, den zeitlichen Aufwand zu reduzieren, z.B. durch strikte Redezeitbegrenzungen. Dies ist auch bei weiteren praktischen Maßnahmen wie Barrierefreiheit für Kinderwagen oder Rollstühle sicherzustellen, festzustellen.

Etwas gemischter ist das Bild bei der Frage, ob Spiel- und Stillzimmer für Ratsmitglieder mit kleinen Kindern zur Verfügung gestellt werden sollten, doch auch hier überwiegt die Zustimmung.

Bemerkenswert ist, dass sich der Vorschlag, der sich auf die Einstellung und Haltung der Kommunalpolitiker*innen selbst bezieht, nämlich mehr Rücksicht auf Menschen mit Betreuungspflichten zu nehmen, bei Männern wie bei Frauen die geringste Zustimmung erfährt. Zwar ist auch die Mehrheit dafür, aber über 30 Prozent der Frauen und Männer halten dies für nicht förderlich.

9.3. Attraktivität und Rahmenbedingungen

Bewertung von Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen



Erneut trifft mehr Flexibilität durch die Nutzung von digitalen Formaten bei den Kommunalpolitikerinnen auf sehr hohe Zustimmung; auch die Männer stimmen zu, aber etwas weniger entschieden.

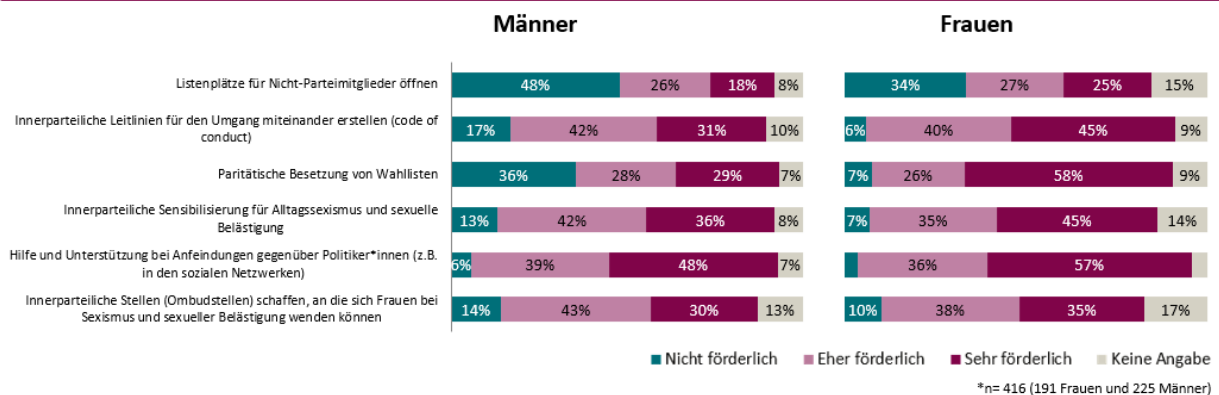
Die Verbesserung/ -Umsetzung von Freistellung für die kommunalpolitische Arbeit bildet gleichfalls einen wichtigen Punkt, der von den Frauen fast zu 100 Prozent unterstützt wird. Da hier in der praktischen Handhabung die lokalen Arbeitgeber*innen gefragt sind, könnte auch dies in eine Imagekampagne aufgenommen und verdeutlicht werden, welchen Beitrag das kommunalpolitische Engagement auch für das Prosperieren lokaler / regionaler Wirtschaft leistet.

Die Zustimmungswerte zu höheren Aufwandsentschädigungen fallen dagegen etwas geringer aus. Zwar wird auch dies mehrheitlich als förderlich für die Attraktivität des kommunalpolitischen Engagements gesehen, jedoch sehen dies 31 Prozent der Männer und 19 Prozent der Frauen nicht so.

Schließlich interessierte uns, welche Maßnahmen in den Parteien selbst umgesetzt werden sollten. Diese haben schließlich eine „Gate Keeper“-Funktion inne, um Frauen zu gewinnen, zu nominieren und auf ihrem kommunalpolitischen Weg zu begleiten und zu unterstützen.

9.4. Spezifische Maßnahmen für die Parteien

Bewertung von Maßnahmen für Parteien



Die Zustimmung zu den Maßnahmen ist erneut hoch und bewegt sich bei beiden Geschlechtern bei um die 80 Prozent. Spitzenreiter sind Angebote zur Unterstützung bei Anfeindungen, u.a. in den sozialen Medien. 93 Prozent der Frauen und 87 Prozent der Männer halten dies für wichtig.

Auf weniger Zustimmung trifft dagegen der Vorschlag, Listenplätze für Nicht-Mitglieder zu öffnen. 48 Prozent der Männer und 34 Prozent der Frauen halten dies für nicht förderlich. Dies ist interessant, denn in der Fokusgruppe wurde auch deutlich, dass es durchaus Interesse an der Kommunalpolitik gibt, ohne sich (sofort) auf eine Partei und die entsprechende Mitgliedschaft festlegen zu müssen.

Den größten Unterschied gibt es bei dem Vorschlag, Wahllisten paritätisch zu besetzen. Dies befürworten 84 Prozent der Frauen, aber auch immerhin 57 Prozent der Männer. Wie bekannt haben SPD, Grüne und Linke bereits entsprechende Praktiken in ihren Satzungen oder Statuten verankert. Interessant ist, dass parteiübergreifend eine große Mehrheit der Frauen dies befürwortet, also auch Frauen aus den Parteien oder Wählervereinigungen, die eine derartige Regelung nicht haben. Allerdings machen neun Prozent der Frauen hierzu keine Angaben.

9.5. Vorschläge und Kommentare aus den offenen Antworten

Zahlreiche Befragte (54) nutzten die Möglichkeit ihre Vorschläge in den offenen Antwortmöglichkeiten mitzuteilen, zum Teil sogar recht ausführlich und detailliert. Dies zeigt das große Interesse und auch die Expertise, auf welche bei der Umsetzung der Maßnahmen zurückgegriffen werden kann.

Zahlreiche Antworten beschäftigen sich mit dem Themenkreis der Neukonzeption der **Sitzungszeiten**, der Erfordernis die **Digitalisierung** zu nutzen bzw. voran zu treiben sowie der Verbesserung der **Vereinbarkeit**. Exemplarisch sei hier ein etwas längerer Kommentar mit konkreten Vorschlägen zitiert:

*„Die Sitzungszeiten sollten neu durchdacht werden. Oft liegen sie genau so, dass ein Babysitter zwingend notwendig ist, oder die*er Partner*in seine Arbeit früher verlässt und sie stören arg das Familienleben. Und eine Betreuung vor Ort während der Sitzungen ist nicht hilfreich, da die Zeiten immer genau zur Abendbrozeit und anschließender Schlafenszeit von Kindern stattfinden. Hier kann eine Betreuung nur zu Hause erfolgen. Für Alleinerziehende von kleineren Kindern ist eine Teilnahme an der Kommunalpolitik fast unmöglich. Entweder muss ein völlig neues Konzept inkl. Freistellung vom Arbeitsplatz/Kostenübernahme bei Ausfällen bei Selbstständigen erarbeitet werden (so könnten Sitzungen vormittags stattfinden) oder die Sitzungszeiten später stattfinden (dann ebenfalls mit der Möglichkeit der Kostenunterstützung für eine individuelle Kinderbetreuung). Und wesentlich mehr Sitzungen sollten digital stattfinden können, wofür es essentiell wäre, dass Beschlüsse digital gefasst werden können“.*

Eine Reihe weiterer Antworten greift grundsätzlicher die **Rahmenbedingungen** des ehrenamtlichen Engagements auf, die auch auf landes- oder bundespolitische Themen verweisen. So wird gefordert, dass die **Aufwandsentschädigungen** nicht auf das Arbeitslosengeld II bzw. Bürgergeld angerechnet werden sollten, um Gleichbehandlung zu gewährleisten. Eine andere Forderung bezieht sich darauf, dass für das ehrenamtliche Engagement **Rentenpunkte** vergeben werden sollten.

Auch mit der Verbesserung von Kommunikation und Umgang beschäftigen sich einige Beiträge. U.a. gibt es den Wunsch nach Fortbildungen bzw. Schulungen: *„Schulung der Führungskräfte in Bezug auf Menschenführung und Wertschätzung der ehrenamtlich Tätigen. Auch der Umgang der Verwaltung mit Personen im Ehrenamt sollte trainiert werden“.*

Doch auch ganz praktische Anregungen werden genannt, um kommunalpolitische Arbeit, vor allem für die Neumitglieder, buchstäblich zugänglicher zu machen.

„Eine bessere und niederschwellige Willkommenskultur. Genaue Adressangaben auf der Einladung, Erklärung zu Namensschildernutzung, Betreten des Sitzungsaals ermöglichen. Bei der Stadt (...) können die Türen von außen nicht geöffnet werden. Bessere Erklärungen des Sachverhalts durch die Vorsitzenden“.

Ein wiederkehrendes Thema ist die Klage, dass es zu wenig **junge Menschen** in der Kommunalpolitik gibt. Dies würde sich nachteilig auf die „Innovationskraft“ und auf eine „lebendige Diskussionskultur“ auswirken. Auf der anderen Seite moniert ein Beitrag, dass die Altersdiskriminierung von Frauen über 60 Jahren „brutal“ sei.

Ein Vorschlag bezieht sich darauf, die Anzahl der Wahlperioden zu begrenzen: *„Leider ist es so, dass gerade das Lebensdurchschnittsalter in einigen Bereichen der Mitarbeit gerade bei Frauen in einigen Ausschüssen sehr hoch ist. Vielleicht sollte man bei Männern und Frauen die Perioden der Mitarbeit in Ausschüssen festlegen. Nur 2 oder 3 Wahlperioden“.*

Sehr viele Beiträge beschäftigen sich damit, wie besser an die Kommunalpolitik herangeführt und ihre Anliegen anschaulich gemacht werden können, zwei Mal wird erwähnt, dass bereits in der Schule angesetzt werden und die Lehrerschaft dafür sensibilisiert werden sollte. Doch auch darüber bedarf es der „Werbung“ und persönlichen Ansprache, hierzu zwei exemplarische Antworten:

„Da Strukturen, Abläufe und Sprache in der Verwaltung etwas 'nicht Alltägliches' ist, halte ich es für förderlich, diese schon in der Schule zu Thematisieren. Weiterhin Frauenangebote in der VHS oder ähnlichen Formate anbieten - damit die Hemmschwelle vor 'Rathaus usw.' gesenkt wird. Meine persönliche Erfahrung hat gezeigt, dass, nachdem ich in einer Frauengruppe dies immer wieder zum Thema gemacht hatte, es einige Frauen gab, die danach 'Karriere' im Rathaus gemacht haben.“

„Möglichkeiten aufzeigen, in welchen Bereichen Kommunalpolitik Entscheidungen trifft, insbesondere Erfolge von frauenrelevanten Themen. Beispiele benennen, wo Frauen zu guten Entscheidungen beigetragen haben.“

Auch in der Fokusgruppe mit den zivilgesellschaftlich engagierten Frauen wurde darauf hingewiesen, dass stärkere Sichtbarkeit und Transparenz der kommunalpolitischen Arbeit, im Sinne von, was dort tatsächlich getan wird und welche Ergebnisse erzielt werden, hilfreich wären, um mehr Frauen zu interessieren und zu gewinnen. So berichtet eine Teilnehmerin, dass Hintergrundinformationen grundsätzlich frei zur Verfügung stehen und eine Ratssitzung als Gast besucht werden kann – dies würden jedoch die Wenigsten wissen. Sie schlägt vor, die Termine beispielsweise mit einem Aufruf zur Teilnahme in Lokalzeitschriften zu veröffentlichen. Mit größerem Hintergrundwissen könnte auch das Interesse für Kommunalpolitik gesteigert werden. Zu einer positiveren Wahrnehmung würde zudem die frühzeitige Veröffentlichung von aktuellen und zukünftigen Projekten oder Planungen der Stadt beitragen.

Daran anschließend waren sich alle Teilnehmenden aus der Zivilgesellschaft einig, dass es einfacher werden sollte, sich zu engagieren und zwar durchaus themenspezifisch bzw. für konkrete Anliegen. Ggf. sollten Konzepte entwickelt werden, wie über Bürgerparlamente oder Runde Tische die Beteiligung der Bürger*innen erreicht werden könnte.

Eine weitere wichtige Anmerkung in Bezug auf Menschen mit Migrationsbiografien kam von einer Teilnehmerin mit Fluchtbiografie. Sie berichtete von einem großen Interesse, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren, jedoch fehlten ihr die Informationen bzw. das Wissen, wo sie

mehr Informationen (z.B. zu den Parteien und ihren Wahlprogrammen, dem politischen System und Abläufen etc.) finden könne und insbesondere, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssten, um sich engagieren zu dürfen (z.B. Aufenthaltsstatus, Staatsangehörigkeit, Alter etc.).

10. Fazit und Empfehlungen der EAF Berlin

Im Folgenden möchten wir einige zentrale Ergebnisse und Handlungsempfehlungen aus Sicht der EAF zusammenfassen.

10.1. Mehr Frauen gewinnen und Vielfalt fördern

Obwohl Kommunalpolitik das unmittelbare Lebensumfeld der Bürger*innen betrifft, und diese ihrerseits direkt die Geschicke ihrer Stadt mitbestimmen können, ist in den Stadträten die Vielfalt der Bevölkerung nur sehr bedingt vertreten. Nun müssen politische Vertretungen in einer repräsentativen Demokratie kein spiegelbildliches Abbild der Gesellschaft sein. Doch zu unausgewogene Verhältnisse lassen den Rückschluss zu, dass bestimmte Gruppen es leichter oder eben schwerer haben, an der Kommunalpolitik zu partizipieren. Vielfalt fehlt in den Städten der Regionen nicht nur in Hinsicht auf das Geschlecht, sondern auch bezüglich des Alters, der ethnischen Herkunft, beim sozialen und beruflichen Status und der familiären Situation. Nur ein Drittel der Befragten hat Kinder im betreuungspflichtigen Alter, auch Alleinerziehende sind kaum vertreten; Akademiker*innen sind deutlich überrepräsentiert.

Kommunalpolitik sollte auf die unterschiedlichen Anliegen, Probleme, Bedürfnisse der Bürger*innen angemessen reagieren können, ihre Responsivität auf gesellschaftliche Fragen wahren. Ein Indiz dafür, dass die personelle Zusammensetzung der Räte auch Einfluss darauf nimmt, wie bestimmte Themen und/oder deren Bedeutung wahrgenommen werden, liefert auch die Befragung. Die Frage, ob die behandelten Themen eher die Lebensrealität von Männern widerspiegeln, bejaht die Knappe Hälfte der Frauen, wird von den Männern jedoch mit großer Mehrheit verneint. Vermutlich würde sich ein ähnliches Bild ergeben, wenn beispielsweise nach der Lebensrealität junger Menschen gefragt werden würde.

10.2. Chancen nutzen für Veränderungen

Ein knappes Drittel der Befragten will zur nächsten Kommunalwahl 2025 aus Altersgründen nicht mehr antreten. Dies bietet die Chance, rechtzeitig und gezielt neue Personen zu gewinnen. Die fünf Städte der Regionen bieten dafür gute Voraussetzungen: Es existiert ein breites Feld an zivilgesellschaftlichen Verbänden, Vereinen, Initiativen, welche die unterschiedlichsten Bereiche und Interessen abdecken. Wie die Befragung bestätigt, sind ehrenamtlich engagierte Personen der wichtigste Pool, aus dem sich neue Kommunalpolitiker*innen gewinnen lassen. Auch in den Beiräten und Ausschüssen (u.a. zu Integration, Gleichstellung) ist Potenzial vorhanden.

Die Befragung liefert einen „Instrumentenkasten“ aus dem sich Politik und Verwaltung bedienen können, um aktiv zu werden. Gefragt sind hier in erster Linie die Parteien, aber auch Akteure wie Volkshochschulen und andere Bildungseinrichtungen und natürlich die Verwaltungsspitzen selbst. Das Gros der Maßnahmen wird von den befragten Politiker*innen

mit großer Mehrheit befürwortet, so dass auch der politische Wille zur Umsetzung gegeben sein müsste.

In der Befragung werden viele konkrete Schritte benannt, von Schnuppermöglichkeiten, über Qualifizierungsangebote an den Volkshochschulen zu Mentoring-Programmen für Interessierte. Eine Maßnahme kann sofort und ohne Aufwand umgesetzt werden: die persönliche Ansprache, die mit großer Mehrheit als sehr wirksames Vorgehen, insbesondere zur Gewinnung von Frauen, bewertet wird.

Wer Menschen für die Kommunalpolitik gewinnen will, muss die positiven und befriedigenden Seiten hervorheben – auch dafür liefert die Befragung eine Fülle von beeindruckenden Aussagen. Überzeugende Vorbilder sind wichtig, gerade auch für Frauen, um Hemmschwellen abzubauen und Interesse zu wecken sowie deutlich zu machen, warum sich das Engagement lohnt. Kommunalpolitik muss erfahrbar sein; sie braucht Transparenz und Offenheit.

Falls eine „Imagekampagne“ oder Vergleichbares gestartet werden soll, sollte es darin zum einen um die praktischen Erfolge und Ergebnisse gehen, zum anderen um die Anerkennung für die Leistungen, die in diesem wichtigen Ehrenamt erbracht werden.

Auf der anderen Seite bedarf es aber auch der Verbesserung der Rahmenbedingungen sowie der Bereitschaft der Kommunalpolitiker*innen selbst an ihren Kommunikations- und Umgangsformen zu arbeiten – nur so wird eine Kampagne glaubwürdig sein und kann die gewünschte Wirkung erzielen.

10.3. Kommunalpolitik muss man sich leisten können – zeitlich und finanziell

Wo liegen Hürden für das Engagement? Was wird kritisch bewertet?

Dazu gehört in erster Linie der **Zeitaufwand**. Dieser kann sich belastend auf die Vereinbarkeit mit beruflichen wie mit familiären Anforderungen auswirken. Die Vereinbarkeit mit der Familie ist durchaus auch ein Thema für die männlichen Kommunalpolitiker, wobei der Beruf stärker im Vordergrund steht, da sie, im Unterschied zu den Politikerinnen, mit großer Mehrheit in Vollzeit arbeiten. Aber es ist nicht nur der zeitliche Aufwand an sich, sondern auch der Aufwand im Verhältnis zum Ergebnis. Die Befragung zeigt, dass Sitzungs- als auch die Redezeiten zu oft überzogen werden. Hier ist ein professionelleres Zeitmanagement, aber auch die Selbstdisziplin der Beteiligten gefragt.

Die Möglichkeiten, welche **digitale Formate** zur Reduzierung des Zeitaufwands bieten, werden stark befürwortet bzw. finden Unterstützung. Im Rahmen der Kommunalordnung des Landes haben die Städte über ihre Geschäftsordnungen durchaus eigene Handlungsspielräume, die genutzt werden können. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wieviel möglich ist und daran sollte auch in „normalen“ Zeiten angeknüpft werden. Wie alle Vorschläge wird auch die Nutzung von digitalen Formaten von den befragten Frauen noch stärker als von den Männern befürwortet.

Ein weiterer Punkt ist die von vielen Befragten beklagte mangelnde **Anerkennung** des kommunalpolitischen Engagements. Neben der ideellen Seite spielt auch die materielle Seite eine Rolle. Dabei geht es zum einen um die Erhöhung der Aufwandsentschädigungen, die

stärker von den Frauen befürwortet wird. Im Rahmen der Landesvorgaben, welche die maximale Höhe vorgeben, können die Städte gleichfalls ihre Spielräume nutzen.

Zum anderen werden die Verbesserung der Freistellung für Beschäftigte genannt – ein Punkt, der beiden Geschlechtern wichtig ist. Vorgeschlagen wird zudem, die Aufwandsentschädigungen nicht auf das Arbeitslosengeld II bzw. Bürgergeld anzurechnen (was im Übrigen auch für den Bezug von Elterngeld gilt). Auch der Erwerb von Rentenpunkten wird genannt.

Während bei den letzteren drei Anliegen die Bundespolitik gefragt ist, lässt sich das Thema der Freistellung gerade auch im kommunalen Rahmen bearbeiten. Eine mögliche „Imagekampagne“ sollte daher insbesondere auch die lokalen Arbeitgeber*innen adressieren.

10.4. Kommunikations- und Umgangsformen: der Handlungsbedarf ist groß

Bezüglich der Kommunikations- und Umgangsformen zeigt die Befragung deutlich auf, wo problematische Felder liegen und wie stark der Handlungsbedarf ist. Frappant sind die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Bewertungen von Seiten der Frauen und der Männer in diesem Bereich, vor allem zu den Fragen, wo es unmittelbar um das **Kommunikationsverhalten gegenüber Frauen** geht.

Sehr viel mehr Frauen als Männer geben an, dominantes Redeverhalten bei Männern zu erleben, herabsetzende oder unangemessene Bemerkungen und Sprüche sowie ein respektloses Verhalten, das sich u.a. daran zeigt, dass die Fachlichkeit von Frauen weniger ernstgenommen wird oder ihre Redebeiträge häufiger unterbrochen würden.

Ein weiteres Thema, das in den offenen Antworten angesprochen wird, bezieht sich darauf, dass es für jüngere Frauen noch schwieriger ist, Respekt und Anerkennung zu erlangen. In der Fokusgruppe schildert eine Teilnehmerin mit Migrationsbiografie die Erfahrung, wie schwer es sei sich als Frau und Migrantin in einem konservativen Umfeld durchzusetzen.

Sexuelle Belästigung im Sinne von unerwünschten Berührungen gibt nur eine kleine Minderheit von Frauen an erlebt oder beobachtet zu haben. Häufiger werden unerwünschte Blicke genannt. Anzügliche, sexuell bestimmte Bemerkungen hat dagegen über die Hälfte der Frauen immer wieder einmal erlebt. Doch auch Männer sind davon zu einem starken Drittel betroffen.

In den offenen Antworten wird zudem darauf hingewiesen, dass neben dem Geschlecht der **soziale Status** und die berufliche Position eine Rolle spielen würden, wieviel Respekt und Anerkennung man erfahren würde.

Auch das Verhältnis zwischen den **„altgedienten“ und den neuen Mitgliedern** ist nicht immer reibungslos. Zwar bestätigen die Befragten mit großer Mehrheit, im Rat freundlich aufgenommen worden zu sein. Doch für die Neuen zeigen sich im kommunalpolitischen Alltag zahlreiche Hürden, wie zum Beispiel ein Klima, in dem man sich nicht trauen würde, Fragen zu stellen, fehlendes konstruktives Feedback u.ä.m. Dies gilt im besonderen Maße für die Frauen. Die Gruppe der weiblichen Neumitglieder sollte daher besonders im Blick behalten

werden und ihnen z.B., auf Wunsch, ein Mentor oder eine Mentorin zur Seite gestellt werden. Vor allem müsste sich das Kommunikationsklima insgesamt verbessern.

Die Befragung zeigt die Tendenz, dass mehr Frauen als Männer nach der ersten Wahlperiode ausscheiden. Danach gleichen sich die Muster stark an: Wer, ob als Mann oder Frau, die erste Periode gut überstanden bzw. positive Erfahrungen gesammelt hat, bleibt auch am Ball.

Im Unterschied zu anderen institutionellen Rahmenbedingungen lassen sich die Kommunikations- und Umgangsformen direkt und vor Ort durch die Beteiligten selbst verändern. Wir empfehlen als ein Instrument einen **Code of Conduct**, wobei bereits die Diskussion darum einen positiven Effekt haben könnte, weil Auseinandersetzung und Reflexion gefragt sind und ein gemeinsames Verständnis erzielt werden muss, wie man miteinander umgehen will.

Dass diese Leitlinien dann nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch eingehalten werden, ist dann insbesondere Aufgabe der Führungskräfte in den Fraktionen und der Verwaltung. Diese sollten ggf. auch **Fortbildungen bzw. Schulungen** erhalten, zum Beispiel zu den Erfordernissen, die an einen zeitgemäßen, inklusiven Führungsstil gestellt werden.

10.5. Rolle der Parteien: Öffnung in die Stadtgesellschaft und Willkommenskultur

Für die Parteien gilt, dass das interne Klima besser bewertet wird, als der Umgangston in den Stadträten. Doch auch in den Parteien gibt es „Luft nach oben“, wie die deutlich kritischeren Bewertungen der weiblichen Parteimitglieder zeigen. Die größeren Parteien tun sich hier schwerer als die kleineren. Dies gilt auch für die Integration von neuen Mitgliedern und eine zeitgemäße „Willkommenskultur“.

Noch zwei Punkte sind zu nennen: Die Parteien sollten sich noch stärker in die Stadtgesellschaft öffnen und niedrigschwellige, ggf. auch **projekt- oder themenbezogene Formen des Kennenlernens und der Zusammenarbeit** erproben. Nicht jede Person weiß auf Anhieb, welche Partei die richtige für sie ist, will sich zunächst orientieren und nicht sofort fest binden.

Der andere Punkt betrifft die Zusammenarbeit im Rat. Ein erheblicher Teil der Befragten selbst beklagt, dass **Parteipolitik** zu häufig vor die **Sachpolitik** gestellt werden würde, es zu viel „Parteienklüngel“ gäbe. Auch hier sind die Kommunalpolitiker*innen selbst gefragt, im Sinne der Sache häufiger fraktionsübergreifende Formen der Zusammenarbeit zu praktizieren und Sachpolitik vor Eigeninteressen zu stellen. Dies würde sich sicherlich positiv auf das Image der Kommunalpolitik auswirken. In den offenen Antworten der Befragung ist auch mehrfach eine sehr pauschale, demokratieskeptische Kritik zu hören. Vor diesem Hintergrund sind die demokratischen Parteien umso mehr gefordert, in ihrem Verhalten, in ihrer Kommunikation und dem Umgang mit- und untereinander Vorbild zu sein.

10.6. Gleichstellung – eine Aufgabe für alle

Beim Thema Chancengleichheit weichen die Wahrnehmungen von Frauen und Männern erneut sehr deutlich voneinander ab. Die männlichen Politiker bewerten die Chancen Frauen erheblich positiver als die Politikerinnen selbst. Auch sehen sich die Frauen mit anderen Erwartungshaltungen konfrontiert – mit Bezug auf die Themen, um die sie sich kümmern sollen, auf ein freundliches Verhalten, auf ihre äußere Erscheinung oder mit Bezug auf ihre Leistungen. Die Politikerinnen gehen zu zwei Dritteln davon aus, dass ihre männlichen Kollegen bessere Chancen hätten, verantwortungsvolle, gut dotierte Positionen zu erreichen.

Obwohl Gleichstellungspolitik als wichtiges Thema anerkannt wird, wird die Verantwortung dafür ganz überwiegend von Frauen übernommen, die entsprechende Anträge und Initiativen einbringen. Auch das Verständnis für Gleichstellungspolitik als Querschnittsfunktion, die auch in Bereiche wie Sport, Wirtschaft, Verkehr hineinreicht, weil auch dort Maßnahmen auf unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse treffen, ist ausbaufähig.

Hier liegen jedoch große Chancen: Wenn kommunalpolitische Themen und Entscheidungen die unterschiedlichen Lebensrealitäten stärker berücksichtigen, erhöht sich auch die Chance, neue Gruppen in der Bevölkerung anzusprechen und für ein kommunalpolitisches Engagement zu interessieren. Je mehr ich als Frau oder auch als junger Mensch, als Migrantin, als Auszubildender sehe, was sich in der kommunalen Politik bewegen lässt, umso größer ist der Ansporn, mich selbst dort zu engagieren. Nichts motiviert so sehr, wie die Erfahrung von Selbstwirksamkeit.

Die Gewinnung von mehr Frauen – in ihrer Vielfalt – für die Kommunalpolitik ist daher nicht nur ein Gebot der Geschlechtergerechtigkeit, sondern auch einer lebendigen Demokratie.

11. Informationen zur EAF Berlin und den Autorinnen

Dr. Helga Lukoschat, Vorstandsvorsitzende der EAF Berlin, verfügt über umfangreiche Erfahrung in Forschung und Beratung zu Chancengleichheit und Diversity Management in Wirtschaft und Politik. Sie hat zahlreiche Forschungs- und Beratungsprojekte sowie Publikationen und Fachkonferenzen der EAF geleitet und wissenschaftlich supervidiert. Als Expertin und Gutachterin ist sie in zahlreichen Gremien und Organisationen tätig.

Stefanie Lohaus, Director und Leiterin Kommunikation der EAF Berlin. Sie leitet seit Anfang 2020 das BMFSFJ geförderte Projekt „Bündnis gemeinsam gegen Sexismus“ und führt Trainings zu Unconscious Bias und Gender Awareness durch. Sie leitete zuletzt eine Umfrage der EAF Berlin unter den Mitarbeiter*innen des rbb (über 3.000 Personen) zur Entwicklung einer Diversity-Strategie. Anfang 2008 war sie eine der vier Gründerinnen des Missy Magazine, das sie zehn Jahre lang als geschäftsführende Redakteurin leitete und dessen Herausgeberin sie bis heute ist.

Lisa Hempe, Senior Expert in der EAF Berlin und leitet aktuell das bundesweite „Aktionsprogramm Kommune – Mehr Frauen in die Politik“ mit dem Fokus auf ländliche Räume. Darüber hinaus wirkte sie 2021/22 beim Monitoring der Kandidierenden und Gewählten zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin (FES-Publikation „Frauen Macht Berlin“) sowie beim bundesweiten Datenanalyse zum Frauenanteil unter den Kandidierenden und Gewählten zur Bundestagswahl 2020 mit. Zuvor hatte sie verschiedene Aufgaben im Projektmanagement, unter anderem im Helene Weber-Kolleg (ein bundesweites und parteiübergreifendes Netzwerk von und mit Kommunalpolitikerinnen), inne.

Die Autorinnen sind tätig bei der **EAF Berlin (Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft)**, die seit 1996 als unabhängige Non-Profit-Organisation an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu den Themen Chancengleichheit, Diversity Management und „Frauen in Führungspositionen“ arbeitet. Sie verfügt über wissenschaftliche Expertise und langjährige Erfahrung in Forschung, Beratung und Weiterbildung. Die EAF Berlin ist parteiübergreifend auf nationaler und internationaler Ebene tätig.

Webseite: www.eaf-berlin.de